



7. Sitzung

Dienstag, den 12.07.2016

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

Rolle der Ministerpräsidentin im Zusammenhang mit dem Hahn-Verkauf

Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und 34 weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU gemäß Artikel 83 Abs. 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz i.V.m. § 21 Abs. 3 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache 17/358 –

dazu:

Misstrauensantrag gegen die Ministerpräsidentin

Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und

34 weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU gemäß Artikel 99 der Verfassung für Rheinland-Pfalz i.V.m. § 50 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags

– Drucksache 17/359 –	250
Abg. Julia Klöckner, CDU:	250
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	257
Abg. Uwe Junge, AfD:	262
Abg. Thomas Roth, FDP:	264, 265
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	266, 269
Abg. Matthias Joa, AfD:	269
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:	271

<i>Abstimmung über den Antrag – Drucksache 17/359 – vertagt.</i>	272
--	-----

* * *

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, Herbert Mertin, Minister der Justiz; Clemens Hoch, Staatssekretär, Heike Raab, Staatssekretärin.

Entschuldigt:

Abg. Astrid Schmitt, SPD; Daniela Schmitt, Staatssekretärin, Randolf Stich, Staatssekretär.

**7. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 12.07.2016**

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie zur 7. Plenarsitzung in dieser Legislaturperiode begrüßen.

Schrittführende Abgeordnete sind Heike Scharfenberger und Dr. Christoph Gensch. Frau Scharfenberger wird die Rednerliste führen.

Entschuldigt fehlt krankheitsbedingt Frau Abgeordnete Astrid Schmitt. Entschuldigt ist die Frau Staatssekretärin Daniela Schmitt. Sie nimmt an der Mitgliederversammlung der Chemie-Verbände Rheinland-Pfalz in Vertretung der Ministerpräsidentin teil. Entschuldigt fehlt Herr Staatssekretär Randolf Stich. Er führt ein Gespräch auf der Betriebsversammlung des Betriebsrats der Flughafengesellschaft Frankfurt-Hahn.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat einen runden Geburtstag gegeben. Frau Hedi Thelen hatte am 9. Juli einen runden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Wir dürfen Gäste im Landtag begrüßen: Schülerinnen und Schüler der Alfred-Delp-Schule in Hargesheim. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Studierende der Hochschule Trier. Seien Sie uns willkommen!

(Beifall im Hause)

Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 R der Grund- und Realschule St. Martin in Kalberg. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die für den heutigen Tag vorgesehenen Sitzungen des Bildungsausschusses, des Ausschusses für Umwelt, Energie und Ernährung sowie die gemeinsame Sitzung des Innenausschusses, des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, des Haushalts- und Finanzausschusses und des Rechtsausschusses finden heute nicht statt.

Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung gibt es offensichtlich keine Einwendungen. Dann wird nach der vorgeschlagenen Tagesordnung verfahren.

Wir kommen damit zum **einzigen Punkt** der Tagesordnung:

Rolle der Ministerpräsidentin im Zusammenhang mit dem Hahn-Verkauf

Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und 34 weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU gemäß Artikel 83 Abs. 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz i.V.m. § 21 Abs. 3 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache 17/358 –

dazu:

Misstrauensantrag gegen die Ministerpräsidentin

Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und 34 weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU gemäß Artikel 99 der Verfassung für Rheinland-Pfalz i.V.m. § 50 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags
– Drucksache 17/359 –

Für die Fraktionen ist eine Grundredezeit von 30 Minuten vorgeschlagen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Es hat die Vorsitzende der CDU-Fraktion, Frau Klöckner, das Wort.

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Sie haben im Oktober 2014 eine Regierungserklärung zu Ihren problematischen Infrastrukturprojekten Hahn, Zweibrücken und Nürburgring abgegeben. Wörtlich sagten Sie damals – ich zitiere Sie –: „Unter meinem Vorgänger (...) wurden in der Vergangenheit Fehler gemacht: Aber: Ich denke anders, und ich habe auch anders gehandelt.“ – Sie ließen Ihre Rede dann mit einem sehr zentralen Satz enden: „Messen Sie mich daran (...)“ – Dieser Satz sollte Vertrauen in Ihre Arbeit wecken, Sie würden bei Großprojekten anders handeln als Ihr Vorgänger. Frau Dreyer, Vertrauen, das ist die entscheidende Währung in einer repräsentativen Demokratie.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, Sie forderten uns auf, wir mögen Sie an dem Versprochenen messen. Genau das tun wir heute. Die Fehler der Landesregierung am Nürburgring und am Hahn, sie gleichen sich in frappierender Weise.

Frau Dreyer, Sie haben erst kürzlich einen Eid geschworen. Zitat: „Ich schwöre (...), dass ich mein Amt (...) zum Wohl des Volkes führen werde.“ – Dass Sie eben Schaden vom Land abwenden, Frau Ministerpräsidentin.

Die Rheinland-Pfälzer haben nun durch Ihr Handeln und Ihr Unterlassen am Hahn Schaden erlitten. Mindestens 160 Millionen Euro mehr an Schulden haben sie zu tragen, und leider nicht für ein Erfolgsprojekt; denn der Flughafen steht vor einer sehr ungewissen Zukunft.

Frau Ministerpräsidentin, nach den Erfahrungen, die große Teile Ihres Kabinetts und auch Sie selbst am Nürburgring gemacht haben, sind die Vorgänge am Hahn, die mangelnde Sorgfaltspflicht, das Verhandeln mit offensichtlich unseriösen Partnern, nicht mehr zu entschuldigen.

(Beifall der CDU)

Wer hätte es nach all den vielen desaströsen Erfahrungen am Nürburgring noch einmal für möglich gehalten, dass sich ein Regierungschef noch einmal auf windige Geschäfte, auf Betrüger einlässt, nicht sorgsam mit Steuergeld umgeht und die Wahrheit nicht klar und auch nicht deutlich kommuniziert und am Ende die Schuld noch auf andere schiebt? Frau Dreyer, das hatten wir schon einmal. Sie wollten damit Schluss machen.

(Beifall der CDU)

Aus den Reihen Ihres Kabinetts ist in den vergangenen Tagen immer wieder der Satz zu hören gewesen, es sei ja noch nichts passiert. Es sei kein Geld verlorengegangen, man hätte rechtzeitig die Reißleine gezogen. Frau Dreyer, Vertrauen in Regierungshandeln, das ist nicht in Euro und in Cent zu bemessen.

Mit diesem Verkaufsprozess, der im Desaster endete, ist ein erheblicher Schaden bereits jetzt für den Flughafen Hahn und seine Zukunft, für das Image unseres Landes Rheinland-Pfalz, letztlich auch für die Chancen, die wir jetzt im weiteren Verkaufsprozess weniger haben, eingetreten. Dies zum Schaden der Menschen in der Region, zum Schaden der Steuerzahler, übrigens zum Nutzen möglicher Vertragspartner. War es doch früher so, dass man auf Augenhöhe mit möglichen Käufern stand. Jetzt sieht es anders aus. Jetzt dürfen die Käufer die Rahmenbedingungen setzen. Man merkt, Sie wollen diesen Flughafen nur noch loswerden. Die Landesregierung ist in der Defensive. Sie sind Bittsteller. Das ist schlecht für die Region und für die Zukunft des Hahn.

(Beifall der CDU)

Das will ich festhalten: Es war kein Pech. Es war kein Zufall. Es war Ergebnis Ihres bewussten Regierungshandelns. Es war eine aktive, bewusste Entscheidung von Ihnen als Regierungschefin, genau so vorzugehen.

Sie mussten über die Landtagswahl kommen. Deshalb haben Sie der Öffentlichkeit eben nicht gesagt, wie es wirklich um den Hahn steht, dass Sie bereits so fortgeschritten waren mit dem potenziellen chinesischen Käufer, einem Hochstapler. Den unbekanntenen chinesischen Käufer des verschuldeten Flughafens, den stuften Sie, Frau Dreyer, höchstpersönlich als seriös ein. Sie sagten, es gäbe keinen Anlass für Sie, an diesem seriösen Partner zu zweifeln. Sie haben also die Marschrichtung vorgegeben. Viele haben Ihnen das geglaubt, und das haben Sie gewusst, dass man Ihnen glaubt. Frau Dreyer, wir können Ihren Worten nicht mehr vertrauen.

Mit dem Flughafen Hahn haben die Hunsrücker einmal große Hoffnungen verbunden. Es schien, dass nach dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte eine neue Perspektive für die Region geschaffen sei.

Viele Hunsrücker waren und sind immer noch stolz auf den Flughafen, auf ihre Nachbarschaft, auf die Möglichkeit, in kurzer Zeit in europäische Metropolen zu fliegen. Der Einzugsbereich für diesen Flughafen ist groß. Die Anfangsjahre des Flughafens waren vielversprechend. Es gab ein stetiges Wachstum bei den Passagierzahlen, aber auch beim Frachtaufkommen.

Weil aber der Betrieb des Flughafens von öffentlichen Mitteln abhängig ist, hatten diese und die vorige Landesregierung immer eine besondere Sorgfaltspflicht, nämlich einerseits als Eigentümer und andererseits als Treuhänder für die Steuerzahler. Dem sind Sie nicht nachgekommen, Frau Dreyer.

(Beifall der CDU)

Sie haben es in unakzeptabler Weise vernachlässigt, ein Auge darauf zu haben; auch auf die Wirtschaftlichkeit. Das hatte damals Fraport. Fraport hätte die Schulden bis Ende dieses Jahres gezahlt. Das hieße, wir hätten bis Ende dieses Jahres keine Schulden und keine Probleme mit Brüssel gehabt. Es hätte kein Notverkauf vorgenommen werden müssen. Sie haben aber bewusst entschieden, dass es anders laufen sollte. Der Steuerzahler muss dafür haften.

Diese Geschichte gehört zur Wahrheit; denn Ihre Geschichte fängt immer erst mit Brüssel an. Brüssel wäre aber gar nicht erst ins Spiel gekommen, wenn Sie vorher sorgfältiger vorgegangen wären.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wir sind für eine Privatisierung des Flughafens. Wir haben Sie schon viel früher darauf aufmerksam gemacht, dass sie notwendig ist. Wir werfen Ihnen nicht vor, dass Sie den Hahn privatisieren. Was wir Ihnen aber vorwerfen ist, dass Sie es erst jetzt tun und wie Sie es tun. Das werfen wir Ihnen vor.

(Beifall der CDU)

Es wurde viel Zeit vertan. Es gab kein Gesamtkonzept. Frau Ministerpräsidentin, das Marktumfeld wurde von Tag zu Tag schwieriger. Die Landesregierung hielt viel zu lange an einem Geschäftsmodell fest, als schon klar war, dass es nicht mehr tragfähig ist. Sie haben Millionen Euro in diesen Flughafen gesteckt, ohne dass es ein Zukunftskonzept gab. Das war Fiasko mit Ansage. Sie warben aber wie immer um das große Vertrauen. Viele Bürger haben es Ihnen geschenkt und sind jetzt enttäuscht; denn irgendwann ist der Zug schlichtweg abgefahren gewesen. Es gab keine interessanten Investoren mehr.

Frau Dreyer, aber auch dazu haben Sie die Öffentlichkeit eben nicht ins klare Licht gesetzt. Es gab keine interessanten Investoren mehr, aber Sie haben etwas anderes behauptet. Das ruft Misstrauen hervor. Vor der Wahl hat die Landesregierung enorme Energie darauf verwendet, die Situation anders erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich ist. Keine Grundlage für Vertrauen.

Es war Ihnen wichtiger, die eigene Macht zu sichern, als ehrlich zu sein. Weil Sie das wussten, haben Sie öffentlich umso mehr betont, dass Sie das Gegenteil, nämlich transparent seien.

Frau Dreyer, Ihr Satz, Sie handelten anders als Ihr Vorgänger, der wirkt vor allem vor dem Hintergrund, was wir jetzt wissen, nur noch wie eine leere Worthülse.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Sie erstatten nun Anzeige wegen arglistiger Täuschung. Frau Dreyer, nicht Sie sind das Opfer. Verehrte Mitglieder der Landesregierung, nicht Sie sind das Opfer, sondern die Bürger in Rheinland-Pfalz sind die Opfer Ihrer Politik.

Manchmal sagen Bilder mehr als Worte. Es war am vergangenen Wochenende, da twitterte Ihr SPD-Fraktionsvorsitzender ein Foto von Ihrem schönen Pressefest, Frau Dreyer. Darauf waren Sie gemeinsam mit Herrn Schweizer und den Fraktionsvorsitzenden von FDP und Grünen zu sehen, in ausgelassener Stimmung, bestens gelaunt. Untertitel: „Und hier noch ein Ampel-Gruß vom Pressefest der Ministerpräsidentin gestern Abend.“ – Wissen Sie, da bangen Tausende Arbeitnehmer und ihre Familien im Hunsrück um ihre Arbeitsplätze, und für Sie gibt es keine wichtigere Botschaft, als dass die Stimmung in der Koalition gut ist.

(Beifall der CDU)

Wenn man sich die Geschichte des gescheiterten Verkaufsprozesses ansieht, dann ist die wichtigste Frage für die Menschen am Hahn doch, wie es weitergehen wird, wie es dazu kam, und nicht, wie die Stimmung in Ihrer Koalition in Mainz am Büfett ist.

Frau Dreyer, Sie haben bis heute nicht erklärt, warum Sie seit Jahren wichtige Entwicklungen ignoriert haben – Sie haben eine Sorgfaltspflicht –, warum Sie den Hahn absehbar in die jetzige schwierige Situation gebracht haben und warum Sie bis zum Schluss, wirklich bis zum Schluss nicht den Mut hatten, der Öffentlichkeit Ihr Scheitern einzugehen. Das wäre die letzte Reißleine gewesen!

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es wäre eine Alternative gewesen, sich vor die Öffentlichkeit zu stellen und ganz offen und ehrlich zu sagen: Es tut uns leid, aber wir haben keinen seriösen Käufer gefunden. Jetzt lasst uns gemeinsam überlegen, wie wir mit dieser Situation umgehen. – Das haben Sie aber nicht gemacht, Frau Dreyer. Deshalb kann ich, kann meine Fraktion der Christdemokraten Ihren Worten nicht mehr vertrauen.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, wenn wir heute hier im Parlament über das Vertrauen in Volksvertreter reden – auch in Sie als Ministerpräsidentin –, dann muss auch über Ihren Umgang mit dem Parlament gesprochen werden.

Sie haben uns ein Gesetz vorgelegt, über das wir in der Öffentlichkeit gar nicht offen diskutieren konnten, weil Sie die Unterlagen als geheim einstufen, weil Sie nicht wollten, dass die Öffentlichkeit die ganze Wahrheit erfährt. Das ist keine maximale Transparenz.

Sie haben ein Gesetz vorgelegt, das die Öffentlichkeit ohne Lesehilfe gar nicht verstehen konnte, weil es mehrfach auf vertrauliche Dokumente verwies, bewusst von Ihnen so entschieden, bewusst ein Fahrplan für Intransparenz.

Diese Dokumente haben Sie dem Parlament erst auf unsere Nachfrage hin zugeleitet. Über vieles dürfen wir heute

hier nicht sprechen, weil Sie die Unterlagen als geheim deklariert haben.

So viel Vertrauensvorschuss – Wahlen sind Vertrauensvorschüsse – kann man einfach nicht mehr geben bei den Erfahrungen, die wir mit Ihnen machen mussten.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, wenn es erst der Journalisten bedarf, die das machen, was am naheliegendsten ist, und diese dann in China den Bluff des von Ihnen als seriös eingestuften Käufers aufdecken, wie kann man denn da noch in Ihr Regierungshandeln und Ihre Regierungskompetenz vertrauen?

Auch jetzt ist Ihr Handeln immer noch nicht transparent.

Nachdenklich macht der hohe Zeitdruck, den Sie auch jetzt wieder aufbauen. Im Eilverfahren soll der Haushaltsausschuss am Donnerstag über den Verkauf von Grundstücken am Hahn entscheiden. Oder soll das nicht der Fall sein? Auch darüber würden wir gern Näheres erfahren.

Nachdem der Verkauf an die Chinesen ein peinliches Ende genommen hat, soll nun ein ehemaliger SPD-Staatssekretär den Zuschlag erhalten. Der aktuelle Innenstaatssekretär war noch nicht aus China zurück, da verhandelte der Kulturstaatssekretär mit einem anderen Käufer über Grundstücke am Hahn. Als der Innenminister Lewentz per Pressemeldung den Ausstieg der Chinesen verkündete, da saßen die Professoren Barbaro und Engler schon eine Stunde am Verhandlungstisch.

Auch das hat der Landtag im Übrigen aus den Medien erfahren. So sieht nicht Vertrauensbildung aus. Sie manifestieren das Misstrauen in Sie, Frau Dreyer.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Man muss sich das vor Augen führen. Sie haben gerade ein Desaster erlebt und offensichtlich nichts daraus gelernt; denn wir sehen bei Ihnen wieder die gleichen Mechanismen. Warum haben Sie auch das nicht offen und transparent kommuniziert, sondern in einer Nacht- und Nebelaktion durchgezogen? Ich kann Ihnen sagen, dieser Verkauf der Grundstücke wirft ganz neue Fragen auf.

Was soll Ihr Versprechen von maximaler Transparenz, Frau Dreyer?

Das Haltbarkeitsdatum dieses maximalen Versprechens oder dieser maximalen Transparenz ist bereits nach vier Wochen abgelaufen. Eigentlich war dieses große Wort von der maximalen Transparenz von Anfang an nur ein Ablenkungsmanöver. Aber wir sollten Ihnen weiter vertrauen.

Dabei hat der neue Käufer für den Hahn für die Grundstücke noch überhaupt keinen Businessplan vorliegen, oder, um es mit den Worten Ihres Beratungsunternehmens KPMG zu sagen, der Businessplan des neuen Käufers war wesentlich weniger detailliert als der Businessplan des jetzt aufgefolgten chinesischen Käufers.

Nun haben wir den Businessplan des chinesischen Ge-

schäftspartners gelesen. Wir dürfen über die Inhalte nicht reden, weil Sie es uns untersagt haben. Nur so viel kann man sagen, wenn der deutlich detaillierter ist als der des neuen Käufers, dann müssen Sie, Frau Dreyer, heute der Öffentlichkeit einiges erklären. Vertrauen reicht hier alleine nicht mehr.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Frau Dreyer, der neue Käufer gibt in einem Zeitungsinterview unumwunden zu, er braucht noch mindestens ein Vierteljahr, bis er ein realistisches Konzept hat, und er weiß auch noch nicht, ob er später den Flughafen überhaupt kaufen wird. Aber in einer Nacht- und Nebelaktion verkaufen Sie ihm Grundstücke, und Sie wissen nicht, was das Gesamtkonzept ist.

Was treibt Sie an? Was ist Ihre Motivlage? Sagen Sie es endlich der Öffentlichkeit.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Warum geben Sie ihm denn jetzt schon Grundstücke? Geben Sie damit nicht bereits jetzt den einzigen Trumpf aus der Hand, den Sie bei späteren Verkaufsverhandlungen eigentlich bräuchten? Warum diese Hektik, Frau Dreyer? Warum brauchen Sie so dringend im jetzigen oder im nächsten Monat das Geld? Warum setzen Sie dieses Parlament erneut unter diesen hohen Zeitdruck? Warum beantworten Sie nicht zuerst die Fragen klar und genau? Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Warum schon wieder diese Intransparenz, Frau Dreyer?

Sie sagen dazu nichts. Maximale Transparenz, das gilt nur bei angenehmen Wahrheiten für Sie. Wo es unbequem wird, da schreiben Sie die Intransparenz Ihres Vorgängers, Ihres Ziehvaters Kurt Beck einfach weiter. Das ist kein Einzelfall, das ist strukturelles Agieren hier in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Stutzig macht uns dann, mit welchem Ergebnis der Staatssekretär aus China zurückkam, die Unterlagen seien gefälscht. Starke neue Botschaft. Er könnte das nur mündlich bestätigen. Die schriftliche Bestätigung käme dann noch. Da fragen wir uns: Musste er dafür wirklich nach China reisen? Hätte man das nicht auch über das Konsulat abwickeln können, oder ging es auch hier wieder um wohlinszenierte Effekte, um Bilder, um ein Ablenkungsmanöver? Frau Dreyer, das fragen wir Sie.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Peinlich!)

Frau Dreyer, in Ihrer ersten Regierungserklärung hat der Begriff Transparenz eine ganz große Rolle gespielt. Sie sagten – ich zitiere Sie –: „Unsere Demokratie ist eine Sache mündiger und gut informierter Bürgerinnen und Bürger. Hier hat die Politik eine Bringschuld, sie muss sich erklären, ihre Vorhaben und Entscheidungsgrundlagen nachvollziehbar machen.“ – Ja, das stimmt, Frau Dreyer.

Aber warum halten Sie sich selbst nicht daran, nicht an das, was Ihre großen Worte sind, wo Sie Vertrauen erwecken wollen, aber letztlich das Vertrauen missbrauchen?

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Wissen Sie, ich würde Ihnen das gar nicht so zum Vorwurf machen, wenn Sie nicht selbst diese Vertrauenswürdigkeit zum Maßstab Ihrer eigenen Glaubwürdigkeit gemacht hätten.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben in Ihrer Rede im Landtag in der vergangenen Woche sehr großen Wert darauf gelegt, dass die Staatskanzlei nur das Beihilfeverfahren begleitet hätte, und zwar erfolgreich. Alles andere hätten Innen- und Finanzministerium erledigt, weniger erfolgreich.

Wörtlich sagten Sie: „Für die Begleitung des Beihilfeverfahrens habe ich damals auch ein Beihilfeteam in der Staatskanzlei errichtet sowie eine Taskforce unter Federführung des Innen- und Finanzministeriums eingerichtet. (...) Es gab keine Taskforce in der Staatskanzlei.“ Die Arbeit meines Teams, des Beihilfeteams war dann erfolgreich beendet. Am 1. Oktober 2014 war es erfolgreich beschieden das Beihilfeverfahren.

Frau Dreyer, Sie haben mit dieser Äußerung den Eindruck erweckt, dass die Staatskanzlei seit dem 1. Oktober 2014 mit dem Verkauf nichts mehr zu tun hatte. Schuld sei nur der Innenminister, an dem Sie übrigens festhalten wollen, weil er ein prima Innenminister für Sie ist.

Die Aussage ist übrigens mehr als interessant, dass nur er schuld war, wenn man sich die Unterlagen ansieht, die uns am vergangenen Freitag aus dem Innenministerium übersandt worden sind.

Frau Dreyer, es gibt sehr eklatante Widersprüche zu Ihrer Aussage; denn offenbar war es der von Ihnen in der Staatskanzlei beauftragte Beihilfeexperte, Herr Dr. Traupel, der seinerzeit die Firma KPMG ins Boot holte. Er war es, der die Finger sehr entscheidend mit im Spiel hatte, und damit die Staatskanzlei. Es war also die Staatskanzlei, Herr Dr. Traupel, der in Ihrem Auftrag handelte. In einem Schreiben der KPMG an die Landesregierung aus dem Januar 2013 heißt es ganz klar, dass er bei einem etwaigen Investorenauswahlverfahren mit dabei ist.

Es geht weiter. Der Vertrag mit der KPMG trägt die Unterschrift Ihres Beihilfeexperten aus der Staatskanzlei. Die Vergütungsvereinbarung mit KPMG, sie trägt die gleiche Unterschrift, Bezug Staatskanzlei.

Es geht wieder weiter. Im August 2015, also nach dem 1. Oktober 2014, schrieb die KPMG eine Mail an das Land. In dieser Mail empfahl KPMG eine weitgehende Recherche zu den Hintergründen der einzelnen Bieter. Es ging darum, welche Erkundigungen über die Hahn-Bieter eingeholt werden sollten. In dieser Mail heißt es: „Im Nachgang auch zur Besprechung in der Staatskanzlei (...) möchten wir sie (...) um eine Rückmeldung zu folgender Handlungsempfehlung bitten.“ – Also Frau Dreyer, doch Staatskanzlei. Und Sie, Sie zeigen aufs Innenministerium.

(Beifall der CDU)

Adressat dieser Mail neben zwei Vertretern des Innenministeriums ist Ihr Beihilfeexperte aus der Staatskanzlei, Dr. Traupel, und „Cc“ Ihr Chef der Staatskanzlei, Herr

Hoch, im Verteiler. Im August 2015 war das Beihilfungsverfahren doch längst abgeschlossen. Also war die Staatskanzlei immer informiert und immer im Boot.

Eine Regierungschefin, die nicht für sich selbst Verantwortung übernimmt, sondern es auf andere schiebt, eine solche Regierungschefin sät Misstrauen. Deshalb kann ich für meine Fraktion sagen, wir vertrauen Ihrem Regierungshandeln nicht mehr, weil Ihre Worte nicht mehr stichhaltig sind.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, wir können festhalten, KPMG wurde durch einen Mitarbeiter Ihrer Staatskanzlei ins Boot geholt, auch für das Verkaufsverfahren. Ihr Mitarbeiter der Staatskanzlei hat die Vergütungsvereinbarung an KPMG unterschrieben. Ihr Mitarbeiter und Ihr Chef der Staatskanzlei, wie Sie ein Jurist, waren im Verteiler, als es um die Überprüfung der Geschäftspartner durch die KPMG ging. Während des Verfahrens gab es eine zentrale Besprechung in Ihrer Staatskanzlei. Bei dieser Aktenlage stellen Sie sich hier hin und tun so, als hätten Sie mit dem Verkaufsprozess nichts zu tun gehabt. Frau Dreyer, ich muss Ihnen sagen, das hätte ich selbst Herrn Beck nicht zugetraut.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat in den vergangenen Tagen immer wieder betont, die KPMG sei für die Überprüfung der Käufer zuständig gewesen. KPMG habe ausgewählt. Darauf habe man sich sehr verlassen.

Heute lesen wir aber etwas ganz anderes in der „RHEIN-PFALZ“. Jeden Morgen lesen wir etwas Neues. Scheibenweise kommt von Ihrer maximalen Transparenz Ihre maximale Intransparenz zum Vorschein. Es gab sehr wohl auch aus der Landesregierung Warnungen vor diesem chinesischen Käufer. Im Finanzministerium habe es kritische Fragen gegeben, was das Finanzministerium auszeichnet, vielleicht auch erklärt, warum das Finanzministerium bei den Verkäufen nicht eingebunden war und nicht sein wollte.

Liebe Kollegen, insbesondere der FDP und der Grünen: Wussten Sie das eigentlich? – Das sind nur zwei Beispiele, bei denen wir feststellen müssen, offensichtlich hat die Landesregierung, die Ministerpräsidentin nicht die Wahrheit gesagt; denn wenn ein Minister aus dem Kabinett grünes Licht gibt und eine andere Ministerin ein rotes Licht gibt, dann muss einer entscheiden, der höher ist, ob man das rote Licht beachtet oder das grüne. Frau Dreyer hat sich für das grüne Licht, für das Weiterfahren entschieden. Deshalb haben Sie es zur Chefsache gemacht, und deshalb sind Sie verantwortlich, Frau Dreyer.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Deshalb fragen wir uns immer wieder, was noch zum Vorschein kommt. Jeden Tag kommt etwas Neues zum Vorschein. Ich kann mir vorstellen, gerade die FDP-Kollegen fragen sich, was noch alles zum Vorschein kommt.

Nach wie vor ist unklar, was dem Kabinett bei seiner Entscheidungsfindung vorlag. Welche Unterlagen? Was haben Sie sich angesehen, als Sie dort die Hand für den Verkauf hoben? Haben Sie den Businessplan jetzt gelesen oder nicht, Frau Dreyer? Auch diese Antwort sind Sie der Öffentlichkeit noch schuldig.

Wer den Businessplan gelesen hat, wie viele in meiner Fraktion und ich selbst auch, der konnte sofort erkennen, dass hier etwas nicht stimmen konnte.

Frau Ministerpräsidentin, bis heute haben wir noch kein klares Wort von Ihnen zu Ihrer eigenen Verantwortung gehört. Sie haben gesagt, es seien schlimme Fehler passiert. Ja, das ist richtig. Es gab grobe Fehler. Ein Fehler ist noch kein Grund, einen Misstrauensantrag zu stellen. Aber die Wiederholung und die Systematik von Fehlern und Vertuschung sind ein Grund, einen Misstrauensantrag zu stellen.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Es gab grobe Fehler. Aber wer hat sie gemacht? Wer steht dafür gerade?

Uns ist aufgefallen, genau wie Ihr Vorgänger Kurt Beck sieht Ihr Sprachgebrauch nur vor, es wurden Fehler gemacht. Sie sagen selbst nach den aufgedeckten Vorfällen noch nicht einmal: Ich habe Fehler gemacht.

Herr Lewentz hat in der Plenardebatte in der vergangenen Woche nur ein einziges Mal gesagt: Es tut mir leid. – Das bezog sich aber nicht auf den Hahn, sondern darauf, dass er aus vertraulichen Unterlagen zitiert hat.

Herr Schweitzer sagte, die SPD steht zu ihrer Verantwortung.

Herr Schweitzer, Verantwortung und Haftung gehören zusammen. Wenn die Übernahme von Verantwortung nicht von Taten begleitet wird, ist dieser Satz gar nichts mehr wert und wahrscheinlich eher der Versuch, ein Signal an einen Koalitionspartner zu setzen, der allmählich kalte Füße bekommt.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Verehrte Frau Dreyer, Sie delegieren Verantwortung auf Herrn Lewentz. Sie sagen, Sie hätten mit dem Verkauf nichts zu tun. Sie übernehmen die Verantwortung, nein, anders, Sie sagen, Sie geben Fehler des Innenministeriums zu. Das ist schon eine besondere Redewendung. Das Innenministerium hätte den Prozess noch enger begleiten müssen, sagte Frau Dreyer. Nach Lesart der Ministerpräsidentin war der Innenminister schuld. Trotzdem bleibt Herr Lewentz im Amt. Dazu sagten Sie der BILD-Zeitung: Der Minister müsse sich darum kümmern, dass das Verkaufsverfahren erfolgreich beendet wird. – Was ist, wenn es nicht erfolgreich beendet wird?

Warum aber verhandelt dann plötzlich der Wissenschaftsstaatssekretär den Verkauf der Grundstücke, wenn doch Herr Lewentz dafür zuständig ist? Da fragt man sich doch: Brauchen Sie Herrn Lewentz wirklich, um das Verkaufsverfahren abzuschließen, oder brauchen Sie ihn etwa als

„Bad Bank“ für alles, was in den kommenden Wochen und Monaten noch zum Vorschein kommen wird?

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Eines ist auch wieder klar: Herr Lewentz delegiert die Verantwortung an Herrn Stich, oder warum sonst hat er die Aufklärung in China ihm überlassen? Herr Stich gibt es an KPMG weiter. Damit KPMG etwas weitergeben kann, haben Sie wieder Berater eingestellt, wie heute zu lesen war, die die Berater beraten sollen. Das kennen wir schon vom Nürburgring. Man delegiert Verantwortung dadurch von sich weg, dass man Gutachter Gutachten begutachten lässt.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir hören von Ihnen als Begründung, warum Sie KPMG, von denen Sie sich laut eines Interviews in der Rhein-Zeitung nicht ausreichend beraten fühlen, weiter beschäftigen: weil Sie jetzt eingearbeitet seien. – Da fragen wir uns: Eingearbeitet ins Falschberaten oder eher ins Kopf-für-Sie-hinhalten? Das liegt ziemlich nahe, Frau Dreyer.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU –
Abg. Hedi Thelen, CDU: Sehr gut!)

Sie und Ihre Regierung gehen derzeit mit größerem Engagement an die Delegation von Verantwortung als an die Lösung der eigentlichen Probleme.

Frau Dreyer, anlässlich Ihrer Kabinettsumbildung – Sie erinnern sich; viele erinnern sich sehr genau – im November 2014 machten Sie deutlich – das war schon beeindruckend für viele; darauf haben Sie Ihr Vertrauen aufbauen wollen und auch immer damit im Wahlkampf gearbeitet –, dass ein Rücktritt bedeute, politisch die Verantwortung zu übernehmen.

Wörtlich sagten Sie – ich zitiere –: „Es gehört aber zum Wesen von Politik, dass auch abgesicherte, fundierte Entscheidungen“ – was es hier noch nicht einmal gab – „sowie die beste Absicht nicht die politische Verantwortung nehmen. Durch die Rücktritte wird der Weg frei gemacht, dass wir den Blick nach vorne richten können.“

Frau Dreyer, heute sagen Sie, Verantwortung zu übernehmen heißt für mich nicht sofort, einen Minister zu entlassen. Was sollen wir Ihnen glauben, was gilt?

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Frau Dreyer, was muss in diesem Land eigentlich noch alles passieren, damit sich in Ihrer Regierung jemand zu seiner Verantwortung bekennt? Was muss passieren, damit in Ihrer Regierung jemand wegen eines Fehlers zurücktritt und Verantwortung und Haftung dann zusammenkommen, wie in anderen Berufsbereichen außerhalb eines Parlaments?

Was heißt für Sie Verantwortung, Frau Dreyer? Eine Chefsache – dazu hat Frau Dreyer den Hahn gemacht – wird nicht über Nacht zur Sache des Innenministers, nur weil die Dinge vollkommen aus dem Ruder laufen und Frau Dreyer

sich damit nicht identifizieren will. Frau Dreyer hat vor der Landtagswahl mit einer persönlichen Integrität geworben. Sie hat versprochen, ein Desaster wie am Nürburgring werde sich nicht wiederholen. Das Gegenteil ist der Fall. Bereits dort hat sich Frau Dreyer damals im Insolvenzverfahren in der Öffentlichkeit gegenüber dem damaligen Käufer, Herrn Wild, stark exponiert, der dann schon die zweite Rate nicht bezahlen konnte. Der Verkauf platzte.

Das heißt, es ist nichts Neues, was hier passiert. Die Frage ist: Können wir einer Ministerpräsidentin trauen, die Fehler wiederholt, die schon einmal mit Ansage passiert sind? Ich habe da meine Zweifel.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Wir werden es gleich wieder hören, die Koalitionäre empören sich, weil es einen Misstrauensantrag gibt. Dazu möchte ich die heutige RHEINPFALZ zitieren: „Auch der Misstrauensantrag gegen Dreyer ist nicht überzogen, wie jetzt SPD-Fraktionschef Schweitzer glauben machen will. Er ist kein Vorschlaghammer. Der Antrag ist vielmehr die passende Antwort der Opposition auf das schier unglaublich schlampige Agieren der Landesregierung beim Hahn-Verkauf. Hätte ein Manager eines Wirtschaftsunternehmens sich solch eine Luftnummer geleistet, er müsste ganz sicher gehen.“

Dreyer muss sich schon deshalb dem Misstrauensvotum stellen, weil sie in ihrer Verteidigungslinie selbst aufgedeckt hat, dass sie sich gar nicht groß um den Hahn-Verkauf gekümmert hat. Mit den chinesischen Käufern habe sie persönlich keinen Kontakt gehabt, sagt sie. Aus Sicht Dreyers soll das für sie entlastend sein. Doch dieses Eingeständnis zeigt nur, wie kopflos die Regierung bei wichtigen Entscheidungen handelt.“ Dazu kann man mehr gar nicht sagen.

(Beifall bei CDU und AfD –
Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Die Rhein-Zeitung von heute bringt es in Bezug auf die FDP weiter auf den Punkt: „Politisch ist die Hahn-Affäre für sie ein GAU. Erst wenige Wochen in der Regierung, werden sie unweigerlich in den Sog der gescheiterten Verkaufsverhandlungen im Hunsrück gezogen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Fraktionsvorsitzenden haben bereits gestern angekündigt, dass sie in zwei Tagen einstimmig abstimmen werden. Auch die Sätze des damaligen Fraktionsvorsitzenden im Jahr 2012 – das ist im Landtagsprotokoll beim Misstrauensantrag gegen Herrn Beck zu lesen; damals war Herr Hering der Fraktionsvorsitzende; es ist interessant, wie sich Sätze wiederholen –, klangen ähnlich. Da hieß es folgendermaßen – ich zitiere –: „Es gibt keine inhaltliche Alternative zur Politik der Landesregierung, aber es gibt auch keine personelle Alternative zu Ministerpräsident Kurt Beck. Wir werden gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten, gemeinsam mit Kurt Beck, auch die Probleme am Nürburgring lösen.“

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Das war eine
Drohung!)

Was übrig geblieben ist, das wissen wir.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das ähnelt der Verteidigungslinie von Herrn Schweitzer. Er sprach neulich auch davon, es gebe keine Alternative zum chinesischen Käufer. Dass diese Aussage überholt ist, ich glaube, das gesteht selbst Herr Schweitzer jetzt zu.

Deshalb sage ich gerade an die Kollegen der FDP: Mehrheit bedeutet nicht immer Richtigkeit.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben in voller Kenntnis der Risiken gehandelt. Der Businessplan, über den wir hier nicht reden dürfen, hat Sie nicht stutzig gemacht. Die Warnungen und Hinweise von KPMG hatten keine Konsequenzen, keiner war vor Vertragsschluss vor Ort. Das schreit doch förmlich danach, als hätten Sie vieles gar nicht wissen wollen. Sie hätten es aber wissen können, wenn Sie gewollt hätten. Deshalb müssen Sie vieles erklären.

Wie ist es wirklich gelaufen? Sie saßen tief in der Schuldenfalle. Die Geschäftszahlen sind verheerend, und dann mussten Sie sehr schnell handeln; denn Kredite werden fällig, Sie brauchen dringend frisches Geld, Frau Dreyer. Dazu sollten Sie in dieser Öffentlichkeit auch einmal stehen.

(Beifall der CDU)

Sie hatten nur drei Angebote auf dem Tisch. Davon bringen zwei kein frisches Geld, und das Dritte verspricht frisches Geld mit vielen Versprechungen, die aber illusorisch sind, die man normalerweise nicht glauben sollte. Darauf haben Sie sich eingelassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Dreyer, am Ende zählen aber nicht leere Versprechungen, Hoffnungen und Prognosen, sondern nüchterne Zahlen und Daten.

Frau Ministerpräsidentin, am Wochenende haben Sie der Presse gesagt, Sie seien jetzt auf Fehlersuche.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ei! Ei! Ei!)

Dabei liegt der Fehler auf der Hand und vor Ihrer eigenen Tür. Es war absehbar, was sich hier abspielte. Es ging darum, dass Sie über die Wahl kommen wollten. Sie haben gar nicht dilettantisch gehandelt, Sie sind kein Opfer von Betrügnern, nein, Sie haben hingeschaut. Sie haben sich bewusst für einen Weg entschieden, der höchst riskant und unsicher war und weiter ist. Viele haben davor gewarnt.

Sie haben eine ganze Region enttäuscht, und Sie täuschen weiterhin. Sie haben nach der Landtagswahl alles versucht, um den Eindruck zu erwecken, dass bald eine neue, eine bessere Zeit hereinbrechen werde. Sie haben bewusst einen Käufer ausgewählt, von dem klar war, dass er den Hahn niemals in eine gute Zukunft führen könnte. Warum? Darüber haben Sie die Öffentlichkeit noch nie informiert. Die Zeit drängte, Sie brauchten Geld, um auslaufende Kredite ablösen zu können. Es wurde immer enger für den Hahn und die Landesregierung. Da war Ihnen zum Schluss jedes Mittel recht.

Diesen Mühlstein wollten Sie loswerden, Sie wollten nichts mehr mit dem Hahn zu tun haben, Sie wollten ihn um jeden Preis vor dem Herbst abstoßen. Das war und ist bis heute Ihre Devise, Frau Dreyer.

(Beifall der CDU)

Das hat alles nichts mit verantwortungsvollem, mit vertrauenswürdigen Regierungshandeln zu tun. Frau Dreyer, deshalb vertrauen wir Ihnen nicht mehr, deshalb stellen wir den Misstrauensantrag; denn je mehr Details und Abläufe ans Licht kommen, desto klarer wird Ihre direkte, Ihre persönliche Verantwortung.

Noch bevor der Vertrag zum Verkauf des Flughafens an das chinesische Phantom unterschrieben war, gab es – ich will das heute noch einmal erwähnen, weil wir auch dieser Frage nachgehen werden – vom Finanzministerium Fragen ob der Seriosität, der Bonität und Liquidität des potenziellen Käufers, ob sie geprüft worden seien.

Uns würde der vollständige Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG interessieren. Deshalb kann ich nur sagen, jeder Abgeordnete, der blindes Vertrauen hat, sollte in sich gehen. Ich bin mir sicher, in den nächsten Tagen wird das eine oder andere noch das Licht der Wahrheit erblicken.

Frau Dreyer, handeln Sie am Hahn wirklich als Sachwalter von Bürgerinteressen, oder ist Ihnen das eigene Image und das Ihrer Regierung und der SPD wichtiger?

Sind Sie das Risiko, den Hahn in eine ungewisse Zukunft zu schicken, bewusst eingegangen? Sie wussten doch die ganze Zeit, anders als die Öffentlichkeit, wie die Lage tatsächlich ist, auf welchem dünnem Eis Sie sich bewegen. Aber Sie wollten sich rasch der Verantwortung für eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte des Landes entledigen.

Das ist das Bedenkliche. Wenn das Klammern an der Macht stärker wird als das Verantwortungsgefühl für die Menschen, dann ist das sehr bitter, Frau Dreyer. Dann kann man kein Vertrauen mehr in eine Regierungschefin haben.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben geschworen, Ihr Amt zum Wohle des Volkes zu führen – zum Wohle. Dazu gehört auch, Schaden vom Land abzuwenden, aber Sie haben großen Schaden in Kauf genommen, und das nicht zum ersten Mal.

Frau Dreyer, deshalb ist das Vertrauen in Sie erschüttert. Deshalb setzen wir ein Zeichen, um deutlich zu machen, Sie vertreten nicht neutral die Interessen der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger. Sie wenden Schäden für Rheinland-Pfalz nicht ab, sondern lassen sie bewusst zu. Sie handeln bei einem zentralen Infrastrukturprojekt des Landes grob fahrlässig.

Die CDU-Fraktion macht zugleich mit dem Misstrauensantrag deutlich, wie sehr wir Ihr Gebaren und Ihre Geschäftspraktiken am Hahn ablehnen. Wir dokumentieren die Distanz zu dem, was Sie tun, und das machen wir

übermorgen mit unseren Stimmen deutlich.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, Gradmesser für einen Misstrauensantrag ist nicht der Zeitpunkt seiner Einbringung, sondern die Schwere der Verfehlungen der Regierungschefin. Sie sind leichtfertig mit Steuergeldern umgegangen. Sie haben das Vertrauen und die Hoffnung einer ganzen Region enttäuscht, von Menschen, die sich auf Sie und die Glaubwürdigkeit Ihrer Worte verlassen haben. Sie haben dieses Bild von sich gemalt, Frau Dreyer.

Artikel 99 unserer Landesverfassung sagt, der Ministerpräsident, die Landesregierung und die Minister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtags. Mit Ihrer Politik haben Sie sich selbst die wichtigste Regierungsgrundlage entzogen – das Vertrauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir rufen Sie auf, in zwei Tagen das Handeln der Landesregierung und der Ministerpräsidentin Dreyer am Hahn zu bewerten. Damit entscheiden Sie, gerade Sie, Kolleginnen und Kollegen der FDP,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Die FDP hat keine
besonderen Abgeordneten!)

über ein „Weiter so“ oder über ein Innehalten in der rheinland-pfälzischen Landespolitik.

Sie bekunden, ob Sie sich hinter das bisherige Vorgehen stellen oder Sie signalisieren, ja, es braucht einen Neustart, und den gibt es mit uns.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle haben bei der Wahl einen Auftrag vom Wähler erhalten. Bei der Mandatsausübung sind wir alle hier als frei gewählte Abgeordnete nur unserem Gewissen unterworfen. Das heißt, unsere persönliche politische Überzeugung ist wichtig, aber sehr wichtig ist, dass wir uns für das Gemeinwohl einsetzen und immer danach fragen, nicht was das Förderlichste für meinen eigenen Beruf, für meine eigene Stellung, sondern für diese und die kommende Generation ist.

Genau aus diesem Grund stellen wir als CDU-Fraktion einen Misstrauensantrag, weil Vertrauen eine wichtige Leitwährung in einer repräsentativen Demokratie ist. Wir haben alle den Auftrag, verloren gegangenes Vertrauen in Regierungen, in Politik und Institutionen wiederzugewinnen. Das sind wir dieser Generation, aber der kommenden Generation auch schuldig. Deshalb wird es zum vierten Mal in der Geschichte unseres Landes einen Misstrauensantrag geben.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat deren Vorsitzender Alexander Schweitzer das Wort.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kolle-

gen! Die CDU gibt uns heute in diesem Landtag mit ihrem Antrag die Gelegenheit, unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer das Vertrauen auszusprechen. Wir haben das am 18. Mai 2016 mit der beeindruckenden Wiederwahl als Ministerpräsidentin schon einmal zum Ausdruck gebracht. Wir sind bereit, es an diesem Donnerstag zu wiederholen.

Das Misstrauensvotum, das Sie heute stellen, Frau Klöckner, richtet sich gegen unsere Ministerpräsidentin. Es richtet sich gegen die politische Persönlichkeit Malu Dreyer. Ich denke, das ist in den Anwürfen deutlich geworden. Es richtet sich aber natürlich auch gegen die von Malu Dreyer geführte Landesregierung und gegen die Politik, für die sie steht.

Meine Damen und Herren, genau deshalb werde ich heute die mir zur Verfügung stehende Redezeit nutzen, um an vielen Themenfeldern zu begründen, warum wir Malu Dreyer und ihrer Politik vertrauen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist zum Glück so, dass nicht nur wir Malu Dreyer vertrauen. Auch die Menschen in Rheinland-Pfalz tun es,

(Heiterkeit bei der AfD)

weil sie sie kennen und sie wissen, auf Malu Dreyer ist Verlass. Sie steht zu ihrem Wort und ihren Überzeugungen. Malu Dreyer hat einen klaren Kompass. Offenheit, Klarheit, auch Bodenständigkeit zeichnen sie aus, und sie wird dem gerecht. Vor allem aber verstellt sie sich nicht. Sie taktiert nicht, und sie laviert auch nicht. Das gilt auch mit Blick auf den Flughafen Hahn.

In der Krise – so weiß man – zeigt sich bekanntlich der wahre Charakter eines Menschen.

Ich bin geneigt, nach dieser Rede zu sagen, ja, meine Damen und Herren, das beziehe ich auf die Ministerpräsidentin. Aber ich glaube auch, ich kann es auch auf meine Vorrednerin beziehen.

In der momentan zweifellos schwierigen Situation zeigt Malu Dreyer genau das, was sie ausmacht, Haltung und Geradlinigkeit.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Ja, ich sage das in aller Deutlichkeit. Wir alle hätten uns gewünscht, mit SYT einen seriösen und nachhaltigen Investor für den Flughafen Hahn gefunden zu haben.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wir wissen heute, das ist SYT nicht. Deshalb ist es richtig, dass wir auf Anraten des Innenministers das Gesetzgebungsverfahren angehalten haben, und es ist genauso richtig, dass der Innenminister in diesen Tagen das getan hat, was die richtige Antwort ist, nämlich eine Strafanzeige auf den Weg zu bringen gegenüber dieser Unternehmung.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Darum, meine Damen und Herren, will ich auch nicht zu-

rückhaltend sein, wenn ich sage, da hätte in diesem Verfahren manches anders ablaufen können und sollen. Das will ich auch deutlich sagen.

Ich will auch wiederholen, was ich in den Landtagssitzungen und den Plenarsitzungen von diesem Pult aus deutlich gemacht habe. Da waren Fragen offen, und wir alle haben uns Fragen gestellt. Aber ich stelle eine Frage an die Opposition, nämlich die Frage, ob Sie sich wirklich genau überlegt haben, dass dieses Instrument, das Sie heute und am Donnerstag wählen, das richtige Instrument ist.

Es ist das schärfste Instrument, das die Opposition hat. Was haben Sie damit vor? Sie wollen der politischen Persönlichkeit und nach den Begriffen, die Sie gewählt haben, Frau Klöckner, gegenüber Malu Dreyer, muss ich schon sagen, wahrscheinlich nicht nur der politischen Persönlichkeit von Malu Dreyer die Integrität absprechen. Sie wollen ihr die Legitimation absprechen, in diesem Land und für dieses Land politisch zu arbeiten.

Sie haben erwähnt, dass es Misstrauensvoten gegenüber Ministerpräsidenten in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz schon gab. Ja, aber der Blick auf die Geschichte zeigt, es ist immer noch ein außergewöhnliches Instrument, und daher muss es besonders gut begründet werden.

Sie begründen es mit Misstrauen, mit Ihrem persönlichen Misstrauen in die Person Malu Dreyer und ihre Politik insgesamt.

Ich will anhand einiger Themenfelder, bevor ich zu dem Themenfeld kommen möchte, das uns in diesen Tagen vor allem beschäftigt, deutlich sagen, dass wir als SPD-Fraktion und die Ampel insgesamt sagen können, ja, wir vertrauen Malu Dreyer, und wir wünschen und wir arbeiten dafür, dass wir mit Malu Dreyer weiter für dieses Land arbeiten können.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz ist gut vorangekommen in den letzten Jahren.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Im
Schuldenmachen!)

Das ist das Ergebnis der Landesregierungen unter sozialdemokratischer Verantwortung mit den Partnern der FDP, aber auch den Grünen, und es ist heute unser gemeinsamer Auftrag mit den Grünen und der FDP.

Wenn ich in diesen Tagen in die Zeitung schaue, dann sehe ich natürlich viele Überschriften und breite Berichterstattung zum Flughafen Hahn. Aber ich sehe auch, meine Damen und Herren, dass uns in diesen Tagen die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit meldet, dass wir erneut ein Absinken der Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz erreicht haben, dass wir erneut und weiterhin auf Platz 3 der Arbeitsmarktentwicklung in ganz Deutschland sind, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU und der AfD)

Ich sehe in diesen Tagen, wenn ich in die Zeitung schaue, auch, dass die Wirtschaft auf gutem Wege ist, dass wir sehen, dass die Industrie- und Handeskammern in Rheinland-Pfalz gerade in diesen Tagen melden, dass die Exporte erneut nach oben gehen, wir Exportüberschüsse haben und wir Exportrekorde haben, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Ich sage, auch das ist Teil der Realität und dessen, was Menschen bewegt.

Wenn ich ebenfalls in diesen Tagen in die Zeitung schaue, dann sehe ich, dass Bertelsmann Rheinland-Pfalz erneut bestätigt hat, dass wir im Bereich der Kinderbetreuung nicht nur auf gutem Niveau sind, sondern es gelungen ist, gemeinsam mit den Kommunen in Rheinland-Pfalz erneut Verbesserungen im Bereich der Kinderbetreuung hinzubekommen.

Meine Damen und Herren, das sind allein drei Schlaglichter, die deutlich machen, auch das ist Landespolitik, und auch das ist Ergebnis von Landespolitik, nicht nur, aber eben auch Ergebnis sozialdemokratisch geführter Landesregierungen, auch unter Malu Dreyer, und auch deshalb hat Malu Dreyer unser Vertrauen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns in dieser Ampelkoalition viel vorgenommen. Wir hatten auch schon Gelegenheit, darüber zu reden. Wir wollen dieses Land zu einem Land machen, das gleichermaßen für soziale Gerechtigkeit, Modernität, wirtschaftlichen Erfolg, aber auch gesellschaftlichen Zusammenhalt steht. Wir stehen am Anfang einer Wahlperiode, und wir haben das Zutrauen, dass wir dieses und diesen Koalitionsvertrag zum Wohle der Menschen in Rheinland-Pfalz gemeinsam umsetzen, meine Damen und Herren.

Liebe Frau Klöckner, Sie haben erneut ein Motiv genannt, das Sie bewegt haben soll, einen solchen Antrag einzubringen, das man, um es nicht zu verklausulieren, mit dem Stichwort Wahlbetrug bezeichnen kann.

Der Vorwurf des Wahlbetrugs, den Sie jetzt zum Misstrauensvotum als Begründung herbeiführen – ich habe das auch schon von diesem Pult aus in der vergangenen Woche sagen können –, ist konstruiert.

Wir wissen doch und haben doch in diesen Tagen Gelegenheit, uns intensiv damit zu beschäftigen, dass ein solcher Veräußerungsprozess kompliziert ist, er schwierig ist und er langwierig ist. Es ist doch auch klar, dass in einem solchen komplizierten Prozess viele Akteure mitwirken. Ich sage ganz deutlich, damit ich richtig verstanden werde: das Land und die Landesregierung zuallererst, aber natürlich auch die Kommission mit den Dingen, die sie den Ländern vorschreibt, und Beratungsunternehmen, derer wir uns behilflich machen müssen, damit wir überhaupt diesen Weg beschreiten können.

(Zuruf des Abg. Ralf Seekatz, CDU)

Liebe Frau Klöckner, ich möchte das argumentativ aufgreifen, wenn Sie sagen, man hätte womöglich dann vor dem 13. März, dem Wahldatum, zu einem Ergebnis kommen müssen. Sie werfen vor, dass nicht schnell genug agiert wurde, man nicht auf das Tempo gedrückt hat seitens des Landes, aber gleichzeitig verwenden Sie – ich will es einmal so sagen – die Hälfte Ihrer Redezeit damit, dieser selben Landesregierung nachzuweisen, dass sie sich um die Dinge nicht genug gekümmert hat, also nicht langwierig genug in den Prozess eingeschritten ist.

Meine Damen und Herren, das will ich einfach als ein wichtiges zentrales Argument dafür hernehmen, dass die Konstruktion, man hätte versucht, vor der Landtagswahl Ergebnisse zu vermeiden, damit man sie später erst darstellen muss, wirklich etwas ist, was rein Ihrer Phantasie entspringt. Sie haben kein einziges belegbares Argument für diesen zentralen und unter Demokraten sehr, sehr schwierigen Vorwurf des Wahlbetrugs genannt, liebe Frau Klöckner. Das sind Sie heute schuldig geblieben.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen deshalb sagen, hier bricht es schon in der Logik. Das ist aber nicht der einzige Bruch. Ich komme auf den nächsten, und der führt uns dann womöglich auch zu den wahren, zu den persönlichen Motiven meiner Vorrednerin.

Sie sagen in diesen Tagen Journalistinnen und Journalisten gegenüber, für einen Untersuchungsausschuss ist es noch zu früh. In der RHEINPFALZ – ich zitiere die RHEINPFALZ – heißt es von Ihnen: „Dieses parlamentarische Mittel bietet sich erst an, wenn ein Endpunkt in der Entwicklung absehbar sei.“

Auf den Standpunkt kann man sich stellen als Opposition. Aber Sie wissen heute schon, was ein Ergebnis eines Untersuchungsausschusses, den einzurichten Sie sich noch gar nicht imstande sehen, politisch an Verantwortung ergeben wird.

Das, liebe Frau Klöckner, zeigt ganz deutlich, Ihnen geht es nicht um Aufklärung, Ihnen geht es um das Instrument, das Sie möglichst schnell in die Hand bekommen wollen. Hier geht es um die Demonstration, und diese Demonstration, die können Sie – das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit – nach dem 13. März nicht schnell genug in die Hand bekommen. Das ist die wahre innere Motivation dieser Opposition.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von der CDU: Ah!)

Ich möchte Ihnen sagen, ich hätte nicht gedacht, dass nach dem Beitrag des Herrn Kollegen Licht in der vergangenen Woche, als er in diese Runde schauend die frei gewählten Abgeordneten der Ampelkoalition angesprochen hat und ihnen gesagt hat – ich zitiere sie sinngemäß –, an eurer Stelle würde ich mir überlegen ob ich das Mandat niederlege. –

Eine solche Zumutung unter freien Abgeordneten auszusprechen, lieber Herr Kollege Licht – – –

Ich hätte gedacht, nun gut, das war der Herr Kollege Licht. Aber dass Sie dieses argumentative Element erneut in den Mund nehmen, liebe Frau Kollegin Klöckner, indem Sie nun den Kollegen Thomas Roth und die Abgeordneten der FDP ansprechen und dass Sie das in den vergangenen Tagen mit dem Begriff der politischen Hygiene verbunden haben, finde ich schon bemerkenswert.

Ich zitiere korrekt: Den Abgeordnetenjob darf man nicht über die politische Hygiene stellen. – Also unterstellt, dass die FDP-Abgeordneten genau dies tun.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Wir reden ja sehr intensiv miteinander in der Koalition, und dann höre ich, dass so mancher Kollege von der FDP angesprochen wird: Überlege dir doch einmal, muss das denn sein, stimmt doch mit uns, geht doch raus aus dieser Landesregierung. –

(Zurufe von der AfD)

Meine Damen und Herren, ich habe dann gesagt, das kommt mir bekannt vor. Es kommt mir bekannt vor, und zwar sind es Gespräche, die viele der CDU – – – Und wenn wir über Transparenz reden, möchte ich die Gelegenheit, wenn der SWR live überträgt, doch gerne einmal nutzen, es den Bürgerinnen und Bürgern des Landes einmal transparent zu machen, wenn die Überschrift „Politische Hygiene“ ist. Dann will ich hier ganz sauber sein und sagen:

Die Gespräche der CDU an einen Koalitionspartner nach dem Motto „Lasst doch die anderen in die Wüste gehen, geht doch lieber mit uns zusammen“, die haben Sie mit uns auch geführt, während wir Koalitionsverhandlungen geführt haben. Da ging es nur umgekehrt zu. Da haben Emissäre der Frau Klöckner SPD-Abgeordnete angesprochen und denen gesagt: Lasst das doch mit dem Wissing und der FDP. Geht doch lieber mit uns in eine Große Koalition. – Deshalb sage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Lasst euch nicht moralisch von dieser Aussage beeindrucken. Hier geht es nicht um politische Hygiene, sondern hier geht es um politische Perspektive – ich will es präzisieren –, um die persönliche politische Perspektive der Julia Klöckner in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Anhaltend starker Beifall der SPD, der FDP
und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Frau Klöckner, Sie haben versucht zu konstruieren, ohne jeden Beleg mit einem allgemeinen Geraune.

(Heiterkeit bei der CDU –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Es gibt
Alternativen! –
Abg. Uwe Junge, AfD: Machen Sie was
draus, Herr Schweitzer!)

– Frau Klöckner, ich weiß, dass Sie getroffen sind. Das ist, das muss ich zugeben, menschlich absolut nachvollziehbar, wenn es um politische Hygiene geht und einem dann der Putzlappen auf die Füße fällt. Das ist schon klar.

(Heiterkeit bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Kollegin Klöckner, das muss ich Ihnen schon sagen: Ohne jeden Beleg, ohne jeden Beleg in Ihrer Rede haben Sie versucht, Malu Dreyer zu unterstellen, sie habe vor der Landtagswahl mit den Menschen anders geredet als nach der Landtagswahl.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

– Ach, der Herr Paul mit Zwischenrufen.

(Zurufe von der AfD)

– Herr Paul, das ist doch okay. Wichtig ist nur, laut und deutlich, damit es ins Protokoll kommt und Herr Junge später weiß, wovon er sich zu distanzieren hat, lieber Herr Paul.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Malu Dreyer hat bereits im Jahre 2013 in ihrer Regierungserklärung gesagt – ich zitiere –: „Aber die Lage am Flughafen ist wirtschaftlich schwierig. Die Geschäftszahlen haben sich verschlechtert.“ – Im Oktober 2014 sagte Malu Dreyer auch in einer Regierungserklärung – Zitat –: „Aber bei aller berechtigten Zuversicht, Euphorie ist keinesfalls angezeigt; (...)“. – Ich nehme ein Zitat aus der Zeit nach der Landtagswahl, nämlich ein Zitat aus der Regierungserklärung vom 1. Juni. Malu Dreyer hat sich zum Schicksal der Regionalflughäfen in Europa und in Deutschland – da gehört der Flughafen Hahn dazu – bis 2024 geäußert. Sie hat gesagt – ich zitiere –: „(...) ab 2024 müssen Flughäfen ‚auf eigenen Füßen stehen‘, was aus heutiger Sicht bei der derzeitigen Struktur kaum erreichbar erscheint.“

Frau Klöckner, niemand kann mit Blick auf diese Aussage der Ministerpräsidentin von diesem Pult aus oder von dem Pult im alten Plenarsaal aus Ihre Darstellung, dass die Ministerpräsidentin den Menschen was auch immer in die Augen gestreut hat, nachvollziehen. Ihre Aussage zur Glaubwürdigkeit der Ministerpräsidentin entbehrt jeder Grundlage. Es ist in jeder Hinsicht konstruiert. Alles, was Sie mit Blick auf die Glaubwürdigkeit der Ministerpräsidentin und mit Blick auf den Vorwurf des Wahlbetrugs konstruieren, ist konstruiert. Das habe ich Ihnen hiermit dargelegt.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eingangs angekündigt, dass wir zu diesem frühen Zeitpunkt kurz nach dem Abschluss der Koalitionsvereinbarung, zu dem diese Koalition Anlauf nimmt, ihr Programm umzusetzen, natürlich als stärkste Fraktion in diesem Parlament darlegen wollen, warum wir insgesamt und inhaltlich davon überzeugt sind, dass diese Regierung das Vertrauen der Mehrheit im Parlament verdient hat. Ich möchte das zu einigen Bereichen darstellen.

Erstens: Wir wollen gemeinsam, dass mit Malu Dreyer dieses Land Bildungsland bleibt. Wir setzen auf eine gute Unterrichtsversorgung. Die Menschen erwarten von

uns auch in Zukunft kleine Klassen und Ganztagschulen.

Zweitens: Wir setzen auf die Verwirklichung des elementaren Wunsches für viele Familien, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Drittens: Wir wollen mit Malu Dreyer die Chancen der Digitalisierung schnell und auch nachhaltig nutzen. Daran wird schon energisch gearbeitet. Mit den zuständigen Ressortministern ist ein Digitalisierungskabinetts auf den Weg gebracht worden, das die Stärken der gesamten Ampelregierung zusammenbindet.

Viertens: Diese Landesregierung unterstützt die Unternehmen auf der Suche nach Fachkräften. Wir bleiben im demografischen Wandel ein attraktiver Standort. Es ist gut, dass Malu Dreyer schon früh den Dialog mit Wirtschaft und Gewerkschaften auch darüber gesucht hat.

Fünftens: Malu Dreyer hat wie keine andere den Grundsatz in ihre Politik aufgenommen, dass jeder Mensch im Alter selbstbestimmt und gut leben können soll. Da geht es um gute Pflege, Wohnprojekte und all die Themen, auf die die Menschen warten und die sie auch mit dieser Regierung verknüpfen.

Der sechste Grund ist die medizinische und flächendeckend gute pflegerische Versorgung.

Ich will deutlich sagen, dass wir uns auch im Wirtschaftsbereich darauf freuen, wenn gemeinsam mit Malu Dreyer und Volker Wissing neue Impulse gesetzt werden. Industrie 4.0 ist das Stichwort, das uns in diesen Tagen überall begegnet. Wir wollen unsere Wirtschaft darauf ausrichten und auch die mittelständische Wirtschaft dafür fit machen.

Ich will einen weiteren Punkt nennen: Wir können stolz darauf sein, wie wir in Rheinland-Pfalz mit den Kommunen, mit dem Ehrenamt den Flüchtlingsstrom bewältigt und organisiert haben.

(Zurufe von der AfD)

Meine Damen und Herren, deshalb ist es gut, dass wir entlang dieser Politik der letzten Wahlperiode auch dieses Thema vorantreiben. Liebe Anne Spiegel, es ist wichtig, dass wir jetzt auch wieder die Kapazitäten anpassen und dafür sorgen, damit auch da in den Kommunen Klarheit herrscht, wer bei uns zu welchen Kosten ist und wie die Erstaufnahmeeinrichtungen gestaltet sind.

Meine Damen und Herren, all das sind die Punkte, die die Menschen beschäftigen. Sie beschäftigt natürlich auch das Thema Flughafen Hahn. Selbstverständlich.

(Unruhe bei der CDU)

Diese Regierung steht aber auch dafür ein und hat die Verantwortung, insgesamt die landespolitischen Themen in ihrer Verantwortung im Blick zu behalten.

Der ursprüngliche Punkt, der uns in diesen Tagen sehr stark beschäftigt, der Flughafen Hahn, ist ein Thema, von dem ich sage, es ist leider mit Fehlern behaftet. Wir müssen auch sagen: Es ist aus meiner Sicht heute nicht die

Stunde, schon mit dem Finger auf diesen oder jenen zu zeigen.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Wie denn sonst?)

Ich habe doch deutlich gemacht, dass in einem solchen Veräußerungsprozess viele Akteure im Spiel sind. Wenn in diesen Tagen darüber nachgedacht wird, welche Verantwortung die Landesregierung trifft

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ihr habt die Hosen an!)

– natürlich, selbstverständlich, darüber wird nachgedacht –, aber wenn dann auch in den Medien – jetzt zitiere ich die mal, damit Sie nicht denken, hier wird wieder sozusagen ein Element genutzt, das Sie uns gerne entgegenschlagen, nämlich das der Schuld weg und der Abwehr –, ich könnte die F.A.Z. von heute zitieren, gefragt wird, was ist denn mit einem solchen Beratungsunternehmen, welche Verantwortung trägt ein solches Anwaltsunternehmen, dann sind das doch Fragen, die uns auch noch beschäftigen werden.

Meine Damen und Herren, all das hat aber für mich und meine Fraktion heute nicht die Priorität. Worum es tatsächlich geht, ist nicht, dass wir uns gegenseitig unterstellen, dass wir dem einen oder anderen aus welchen Gründen auch immer trauen oder nicht trauen, sondern dass wir für die Menschen und für die Region im Hunsrück, für den Flughafen Hahn und die Beschäftigten bei der FFHG, aber auch bei den Unternehmen, die von diesem Flughafen leben und profitieren, zeitnah und schnell eine Perspektive finden. Es ist die Aufgabe der Landesregierung, mit dem, was wir jetzt an Möglichkeiten haben, so schnell wie möglich unter Hochdruck eine Lösung herbeizuführen.

Das sage ich ganz deutlich: Ja, wir wollen die Privatisierung. – Sie wollten sie auch einmal, haben aber dann keinen Beitrag dazu geleistet.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, wenn Sie der Landesregierung vorwerfen, sie hätte 160 Millionen Euro Schulden aufgehäuft, dann ist das doch nichts anderes als die nachträgliche Begründung dafür, dass Sie sich schon damals auf dem Weg zur Privatisierung geweigert haben, diesen Flughafen Hahn zu entschulden, was gleichzeitig die wichtigste Voraussetzung dafür war, dass man ihn auf dem Markt überhaupt annimmt. Heute hören wir, warum Sie sich geweigert haben.

(Starker Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute hören wir das!

Diese Chance besteht, aber nachdem Sie mich gerne zitieren, will ich mich auch einmal zitieren.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe in der letzten Landtagssitzung und bei der Einbringung des Gesetzes öffentlich gesagt: Keiner gibt uns eine Garantie. – Das sage ich auch mit Blick auf die Situation, in der wir uns heute befinden, und mit Blick auf das, was jetzt vor uns steht und was wir gemeinsam erreichen wollen. Keiner gibt uns eine Garantie.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Es gibt keine Alternative, hat er gesagt!)

Es ist aber zuvorderst Aufgabe der Landesregierung, weil sie dafür gewählt ist, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Ich sehe es als Fraktionsvorsitzender der stärksten Fraktion im Parlament als meine Aufgabe an, die Regierung auf diesem Weg zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass die Menschen in der Region bald wieder sehen: Die machen ihre Arbeit und kümmern sich nicht um die Nachlese und die Aufarbeitung eines für Sie äußerst betrüblichen Landtagswahlergebnisses, Frau Klöckner.

Darum will ich deutlich sagen: Es ist zuvorderst – ja, ich wiederhole das – die Aufgabe der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Land. – Wir sind immer bereit gewesen, uns hinzustellen – da kennen Sie mich auch – und zu sagen: Wenn was gut gelaufen ist, das haben wir in Rheinland-Pfalz gemacht.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

– Ja, Frau Klöckner, Ihre Zwischenrufe.

Ich will Ihnen auch deutlich sagen: Wenn die Dinge schwierig werden, laufen wir auch nicht davon, sondern da bleiben wir auch in der Verantwortung und sorgen dafür, dass wir eine Perspektive entwickeln. – Dafür steht Malu Dreyer, und dafür stehen wir alle, meine Damen und Herren. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen. Das ist Verantwortung, und diese Verantwortung übernehmen wir.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Keine Alternative! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, jetzt kommen wieder die Zwischenrufe.

Jetzt will ich Ihnen eines sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Liebe Frau Klöckner, wir haben Ihnen zugehört, als Sie geredet haben. Sie versuchen jetzt mit diesen Zwischenrufen einen Stil ins Parlament zu bringen

(Heiterkeit bei der CDU)

– natürlich –, den ich als schwierig empfinde. Leider Gottes korrespondiert er aber mit dem, was Sie inzwischen auch öffentlich sagen.

Lassen Sie mich zum Ende meiner Rede noch eines sagen: Sie mögen die Ministerpräsidentin politisch nicht leiden. Das ist Ihr gutes Recht. Sie haben auch gute Gründe dafür. Sie ganz persönlich, Frau Klöckner. Es geht aber nicht an, dass eine Volkspartei CDU, die Verantwortung in diesem Land hat, in Deutschland insgesamt, Abgeordnete und eine Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz und die Landesregierung, für die sie steht, als Täter und Täterin bezeichnet. Meine Damen und Herren, das ist die Sprache derer, die bei Pegida auf der Bühne stehen.

(Unruhe bei der AfD)

Das sollte nicht die Sprache sein, die wir im Parlament und in der Parteiöffentlichkeit wählen.

Liebe Frau Klöckner, meine Damen und Herren, wenn Sie dieser Debatte folgen, das ist die Aussage in einer Pressemitteilung der CDU-Fraktion Rheinland-Pfalz in diesen Tagen, hier werden eine Landesregierung, demokratisch gewählte Ministerinnen und Minister, die Ministerpräsidentin als Täter bezeichnet. Meine Damen und Herren, das geht gar nicht. Darum will ich Ihnen deutlich sagen: Sie überziehen erneut. – Das ist das, was Ihnen eigen ist.

Darum in aller Deutlichkeit: Mit diesem Antrag, mit der Begründung schon gar nicht, werden Sie in diesem Haus keine Mehrheit finden. – Die sozialdemokratische Landtagsfraktion vertraut Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Darauf werden wir am Donnerstag in aller Deutlichkeit hinweisen.

Danke schön.

(Anhaltend starker Beifall der SPD, der FDP
und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD spricht der Fraktionsvorsitzende Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Dass der Verkauf des Flughafens Hahn an Shanghai Yiqian Trading Company gescheitert ist, das ist Fakt.

Ich werde hierauf auch im Einzelnen nicht weiter eingehen. Der Sachverhalt ist weitgehend geklärt.

Ich möchte vielmehr nachweisen, dass Sie, Frau Ministerpräsidentin, in unverantwortlicher Weise Ihre Sorgfaltspflicht gegenüber Ihrem Amt und den Bürgern unseres Landes vernachlässigt haben.

(Beifall der AfD)

Sie haben den Schaden für Rheinland-Pfalz zumindest billigend in Kauf genommen und damit grob fahrlässig gehandelt und sich für Ihr Amt disqualifiziert.

Ich werde nicht mit moralisierenden und emotionalen Plaudereien um mich werfen. Das ist sozialdemokratische Art, Politik und Stimmung zu machen.

(Beifall der AfD)

Wenn Ihnen – das ist ja üblich – in der politischen Diskussion die Argumente fehlen, beginnen Sie Fakten durch oberflächliche, irrelevante Gefühlsduseleien und – Herr Schweitzer – durch Wünsche zu ersetzen.

(Beifall der AfD)

Damit kommen Sie und Ihre Genossen immer unter Ausschluss der Realitäten regelmäßig zu falschen Entschlüssen, so auch hier. Ich werde diesen Beweis führen; denn ich liebe die klare, auf Fakten beruhende Analyse und das harte, kompromisslose Urteil.

Meine Damen und Herren, dass die Landesregierung im vorliegenden Fall hier auch schon die grundlegendsten

Sorgfaltspflichten missachtet hat, kann mittlerweile niemand mehr ernsthaft in Abrede stellen. Sie selbst, Frau Ministerpräsidentin, haben, nachdem Sie noch wenige Tage zuvor erklärten, dass Sie gewissenhaft den Verkauf haben prüfen lassen, mittlerweile kleinlaut eingeräumt, dass schlimme Fehler gemacht worden sind und dass Ihnen das weh tut. Das ist üblicherweise ganz nett, aber eben nicht zielführend.

Diese späte, aber erst – sind wir doch ehrlich – auf Druck der Opposition und auf Druck der Medien erzwungene Erkenntnis hat sich bei der erneuten Durchsicht der nunmehr an alle Mitglieder des Landtags verteilten Unterlagen zur Due-Diligence-Prüfung durch die KPMG und nun auch öffentlich gemachten E-Mail Verkehr klar erhärtet.

Ich werde natürlich davon absehen, aus diesen noch immer nicht öffentlich gemachten Unterlagen zu zitieren. Eine derartige Vorgehensweise überlasse ich gern dem Herrn Innenminister. So viel darf jedoch als Erkenntnis daraus gesagt werden, weil es dann auch das ganze Ausmaß der unverantwortlichen Nachlässigkeit der Landesregierung offenlegt:

1. Die KPMG hatte ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die empfohlene Prüfung keine vollständige Garantie hinsichtlich des Ausschlusses von Compliance- und Bonitätsrisiken eines bestimmten Bieters geben könne und dass dies insbesondere für Fallkonstellationen gelte, in denen missbräuchliche und/oder strafrechtlich relevante Verhaltensweisen gegenständlich wären.

2. Es wurde gegenüber nahezu jedem auf chinesischer Seite Beteiligten festgestellt, dass Personen des gleichen Namens Gegenstand zivilrechtlicher Klagen oder von Strafverfolgung waren. Dies mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass aufgrund der weiteren Verbreitung der jeweilige Namen nicht festgestellt werden konnte, dass es sich dabei um die im Report bezeichneten Personen handelte. Es konnte aber auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen werden.

Das allein muss doch eine Unsicherheit hervorgerufen haben, mit der man eigentlich nicht hätte zufrieden sein dürfen. Das hätte ein Alarmsignal sein müssen. Darauf hätte man reagieren müssen. Das nennt man Sorgfalt.

(Beifall der AfD)

Seitens der mittlerweile von Ihnen gescholtenen KPMG erging in diesem Zusammenhang aber auch eine eindeutige Empfehlung, die jeweiligen Personen zu kontaktieren, um zweifelsfrei festzustellen, ob hier eine Übereinstimmung besteht. Diesem eindeutigen Hinweis, der von Ihnen für immerhin mal 600.000 Euro Steuergeld beauftragten Firma hatten Sie einfach ignoriert. Zu dieser Zeit waren Ihnen offensichtlich kritische Hinweise eher unangenehm. Sie waren dabei, die Fehler der SPD aus der Vergangenheit im Wahlkampf wegzulächeln und den politischen Gegner mit niederträchtiger Hetze zu überziehen.

(Beifall der AfD)

Das haben Sie getan, Frau Ministerpräsidenten, auch Sie, Herr Staatsminister Lewentz, und versuchen nun die

Schuld an die KPMG zu schieben, die nichts anderes getan hat, als exakt den an sie gestellten Auftrag zu erfüllen.

Sie, Frau Dreyer, hätten öffentlich erklärt, dass Sie sich vergewissert haben, dass diejenigen, die die Verkaufsverhandlungen geführt haben, alles an Sicherheit eingeholt hatten, was möglich war. Wir wissen mittlerweile, dass das ganz sicher nicht der Fall war. Sie haben wissentlich in diesem Parlament und gegenüber den Wählern nicht ganz die Wahrheit gesagt.

3. Die KPMG hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ihre Überprüfung ausschließlich auf öffentlich zugänglichen Quellen wie Pressemitteilungen, öffentlich zugänglichen Datenbanken, öffentlichen Registern, dem Internet und anderen öffentlichen Quellen basierte. Und weiter wurde von der KPMG darauf hingewiesen, dass diese Informationen nicht überprüft werden konnten und fehlerhaft, unzureichend oder veraltet sein könnten.

Das haben Sie also gewusst und dennoch nicht reagiert.

Frau Ministerpräsidenten, ich darf aufgrund des in diesem Haus geltenden Verhaltenskodexes nicht die Vokabeln verwenden, die ich gerne verwenden möchte, deshalb nenne ich Ihr Verhalten nur fahrlässig, verantwortungslos und pflichtvergessen, meine Damen und Herren;

(Beifall der AfD)

denn Sie können sich doch nicht ernsthaft entschuldigend darauf zurückziehen wollen, den Prozess zusammen mit Experten einer teuren Beratungsfirma durchgeführt zu haben, die genau auf derartige Fälle spezialisiert ist, und sich nun als Opfer krimineller Absichten eines Bieters darstellen, wenn Sie zuvor genau diese Experten nur mit einem oberflächlichen, geradezu einschränkenden Prüfungsauftrag beauftragt hatten, der gerade nicht dazu geeignet war, derartige Absichten aufzudecken.

Tatsächlich stellt sich doch mittlerweile die Frage, ob mit der Beauftragung der KPMG überhaupt eine ernsthafte Überprüfung der Bieter beabsichtigt war und ob es nicht vielmehr darum ging, ein schnelles politisches Ergebnis zu erzielen und für den Fall eines erneuten Desasters wie beim Nürburgring, um dann, wenn es schief geht, die Schuld scheinheilig auf andere abschieben und von sich selbst ablenken zu können. Ich nenne das schäbig, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Als vordergründig und schwacher Rettungsanker scheint jetzt die ADC instrumentalisiert zu werden.

Meine Damen und Herren, ein unmissverständlicher Hinweis ist der überraschende und zunächst nicht offengelegte Verkauf dieses sogenannten Campusgeländes und der Housing-Gebäude an eben diese ADC. Diese ADC, über die der Vertreter der KPMG, Herr Dr. Steffen Wagner, angesprochen, im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Innenausschusses, des Haushalts- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 9. Juni wörtlich folgendes geäußert hat – ich zitiere –: „Die beiden anderen Bieter“ – also auch ADC – „taten sich

schwer, auf Rückfragen zum Konzept zu reagieren. Wir hatten wie wir es bei unserem jetzigen Käufer auch gemacht haben, Nachfragen zu einzelnen Annahmen gestellt, haben Nachweise abgefragt zu ihren strategischen Partnern. Das konnten die beiden anderen Bieter nicht leisten. Sie konnten uns auch keine detaillierten Vertragsanmerkungen überreichen.“

Der Verkauf erfolgte also in einer Hauruckaktion an einen Bieter, der sich nicht einmal im Rahmen der bereits angesprochenen rein oberflächlich beauftragten Prüfung der KPMG qualifizieren konnte.

Experten mit einer Prüfung zu beauftragen, die zum einen gar nicht dazu geeignet waren, unseriöse Bieter wie Shanghai Yiqian Trading Company zu entlarven, und zum anderen dann dennoch an einen Bieter zu verkaufen, der sich bereits im Rahmen dieser Oberflächenprüfung nicht qualifizieren konnte und damit die Erkenntnisse der Prüfung zu ignorieren, lässt an Ernsthaftigkeit der Beauftragung an sich starken Zweifel aufkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Aber noch unter einem anderen Aspekt ist der nunmehr erfolgte Verkauf des Campusgeländes und der Housingcompany an die ADC fragwürdig. Noch am 30. Juni erklärten Sie diesem ehrenwerten Haus, Herr Lewentz, man werde der Shanghai Yiqian Trading Company noch eine letzte Chance geben. Nur eine Woche später am vergangenen Donnerstag, dem 7. Juli, informierten Sie uns dann darüber, dass das Campusgelände und die Housing-Gebäude bereits an die ADC verkauft worden waren.

In einem Interview mit dem Trierischen Volksfreund erklärte wiederum der Geschäftsführer der ADC, der ehemalige Wirtschaftsstaatssekretär Herr Siegfried Englert, SPD, dass man seitens der LBB bereits am 30. Juni, also am selben Tag der Plenarsitzung hier, als Sie, Herr Lewentz, noch Chancen vergeben wollten, mit dem Angebot auf ihn zugekommen war, die Housing zu kaufen. Offenbar ging man also bereits am 30. Juni davon aus, dass ein Verkauf an die Shanghai Yiqian Trading Company nicht mehr zustande kommen würde. Damit ist nun zweifelsfrei nachgewiesen, dass Sie in der Debatte am 30. Juni das Parlament und die Bürger entweder angelogen oder keine Kenntnis von dem Angebot hatten. Ich weiß nicht, was schlimmer ist.

(Beifall der AfD)

Dennoch titelt die F.A.Z. am 4. Juli: „Landesregierung schickt Suchtrupp für Flughafen-Käufer nach China“. Am folgenden „Montag hat sich der rheinland-pfälzische Innenstaatssekretär Randolph Stich mit Vertretern der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG auf den Weg nach Shanghai gemacht.“ Gute Reise.

Hier stellt sich doch wohl die Frage, wozu eigentlich noch, wenn man doch schon vier Tage zuvor die Verhandlungen mit der ADC wieder aufgenommen hatte. Wieso wurde der Öffentlichkeit nicht schon am 30. Juni und uns allen reiner Wein eingeschenkt? Es drängt sich der begründete Verdacht auf, dass die Landesregierung ihre Versäumnisse

im Zusammenhang mit dem Verkauf des Flughafens Hahn vertuschen wollte, indem sie im Rahmen der Sondersitzung am 7. Juli dem Landtag nun einen neuen Käufer des Campusgeländes und der Housing-Gebäude präsentierte. Sie beide wollten nichts anderes als ihren Kopf retten.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, das ist so weit weg von einer seriösen Amtsführung wie die ungeheure Vorstellung, dass ich jemals Rot-Grün wählen würde. Das soll was heißen.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, wie soll es denn nun weitergehen? Der Verkauf der Anteile des Landes Rheinland-Pfalz am Flughafen Hahn soll nun mit den anderen beiden zuvor als ungeeignet bewerteten Interessenten fortgesetzt werden. Die ADC hat nach Aussage ihres Geschäftsführers Siegfried Englert aber noch gar kein Konzept dafür; denn auf die Frage, ob die ADC Interesse am Kauf des Anteils des Landes Rheinland-Pfalz am Hahn habe, äußerte diese gegenüber dem Trierischen Volksfreund: „Ja. Aber das geht nicht so schnell. Wir brauchen mindestens noch ein viertel Jahr, bis wir ein realistisches Konzept für den Hahn haben. Nachdem man uns im April bedeutet hat, dass wir raus sind, haben wir unsere Arbeit eingestellt und nicht mehr an einem Geschäftsmodell weiter gearbeitet.“

Es stellt sich also auch hier erneut die Frage, ob sich die Landesregierung mit dem Verkauf des Campusgeländes und der Housing-Gebäude nicht bereits viel früher auf die ADC festgelegt hatte, als sie das zugeben wollte. Die eigentliche für den Wirtschaftsraum Hunsrück und für die Menschen in dieser Region existenzielle Frage, was nach 2024 mit dem Flughafen Hahn geschehen soll, bleibt weiterhin völlig ungewiss.

Aus der Bewertung der vorliegenden Fakten – ich brauche keine halbe Stunde – kann ich nur folgende Schlussfolgerungen ziehen:

1. Der Verkaufsprozess muss sofort gestoppt und neu aufgesetzt werden.
2. Für den Fall, dass sich ein seriöser Käufer in absehbarer Zeit finden lässt, muss ein alternatives Konzept entwickelt werden.
3. Die Versäumnisse müssen im Rahmen eines Untersuchungsausschusses umfassend geklärt werden.
4. Die Verantwortlichen müssen für ihr Handeln die Verantwortung übernehmen und die persönlichen Konsequenzen ziehen.

Frau Dreyer, Sie haben das Vertrauen dieses Parlaments und das Vertrauen der Bürger verloren. Zeigen Sie jetzt einen Rest von Ehre und Anstand, und treten Sie zurück.

Danke.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Bevor ich für die FDP-Fraktion dem Vorsitzenden, Herrn Roth, das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, Herr Junge, es sind Begriffe gefallen wie niederträchtiger Hetzer und schäbig.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Nein, hören Sie genau zu, was ich sage!)

Ich darf Sie bitten, sich in der Wortwahl entsprechend zu maßigen, wie es der Gebrauch dieses Hauses ist.

Als nächstes hat Herr Roth das Wort.

(Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund übernimmt den Vorsitz

Abg. Julia Klöckner, CDU: Ich finde, dann kann man uns auch auf die gleiche Ebene wie Pegida stellen!)

Abg. Thomas Roth, FDP:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir mussten etwas erleben, was ich und mit mir viele Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz nie mehr erleben wollten: Windige Investoren versuchten, das Land um sein Eigentum zu bringen.

Ich will nicht verhehlen, auch ich bin nicht nur enttäuscht, ich fühle mich getäuscht. Nach dem Desaster am Nürburgring konnte ich mir einfach nicht vorstellen, dass das Land sich jemals wieder auf einen Verkaufsprozess einlässt, ohne jeden Stein fünfmal umzudrehen oder auch umdrehen zu lassen. Dieser Vorgang muss aufgeklärt werden, und er wird aufgeklärt, und nicht nur das: Er muss auch Konsequenzen haben.

Deshalb begrüße ich es, dass die Landesregierung rechtliche Schritte gegen Herrn Wang eingeleitet hat. Ich erwarte, dass die Affäre auch für die KPMG Konsequenzen hat. Wer gutes Geld verdienen will, sollte gute Arbeit leisten. Wer schlechte Arbeit leistet, sollte dies auch beim Honorar zu spüren bekommen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Deshalb bekommen sie den nächsten Auftrag!)

Ich erwarte daher, dass die Landesregierung auch mögliche Schadenersatzforderungen gegenüber der KPMG prüft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich teile die Auffassung, dass die Vorgänge Konsequenzen haben müssen,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

aber – das ist auch die Meinung der Landesregierung – die Frage ist nur: Welche? – Um zu beurteilen, welche Konsequenzen angemessen sind, sollten wir zunächst einmal abwarten, bis auch wirklich alle Fakten vorliegen. Auch in einem Gerichtsverfahren hängt man nicht zuerst den Angeklagten und steigt dann erst in die Beweisführung ein.

Der Misstrauensantrag der Opposition ist daher weniger ein Zeichen der Schwäche der Landesregierung als eines der Opposition.

(Heiterkeit der Abg. Julia Klöckner, CDU –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU –
Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Statt in die Beweisaufnahme einzusteigen und Alternativen auszuarbeiten, versucht die Opposition, die Vorgänge für machttaktische Spielchen zu mißbrauchen.

(Zurufe von der CDU)

– Haben Sie vielen Dank. Ich habe vorhin auch die Höflichkeit besessen, Frau Klöckner ausreden zu lassen. Es wäre schön, wenn Sie mir ebenfalls diese Höflichkeit erweisen würden.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christine Schneider, CDU: Machen
wirl!)

Der Misstrauensantrag ist ein starkes, wenn nicht das stärkste Instrument der Opposition. Entsprechend verantwortungsbewusst sollte es eingesetzt werden. Allerdings einen Misstrauensantrag zu Beginn des Verfahrens zu stellen, wo viele Fragen noch nicht eingehend beantwortet werden konnten, ist kein Signal der Stärke der Opposition, es ist eines der Schwäche.

Der Misstrauensantrag ist das eine, aber was ist das daraus resultierende Angebot an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes? Wenn man sich die letzte Umfrage anschaut, dann dürfte es der Opposition kaum um Neuwahlen gehen. Das heißt, wenn das Misstrauensvotum Erfolg hätte, würde die CDU versuchen, eine Große Koalition zu bilden. Wir haben vorhin gehört, dazu war sie scheinbar auch schon kurz nach der Wahl bereit.

Da die SPD nach wie vor die stärkste Fraktion ist, heiße die Ministerpräsidentin dennoch weiterhin Malu Dreyer. Es wäre nicht ohne Ironie mitzuerleben, wie die CDU der Ministerpräsidentin, die sie gerne per Misstrauensantrag stürzen würde, kurze Zeit später wieder das Vertrauen ausspricht.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Jens Guth, SPD: Das ist nicht
schlecht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass der Misstrauensantrag nicht wirklich durchdacht ist, und das macht es schwer, ihn so ernst zu nehmen, wie es diesem Instrument eigentlich gebührt.

Ja, es gab Fehler seitens der Landesregierung,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ei! Ei! Ei!)

aber diese stellt sich der Sache und ist bereit, sie aufzuklären. Aber was sind die Alternativvorschläge der CDU? Wie sieht das Konzept der CDU für den Flughafen Hahn aus?

Es ist Aufgabe einer Opposition, die Regierung zu kritisie-

ren, zu kontrollieren und, wo nötig, zu korrigieren. Eine glaubwürdige Opposition zeigt nicht nur auf, was schlecht läuft, sie sagt auch, was wie besser gemacht werden kann.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: So ist
es!)

Die Aufgabe einer Opposition in einer Demokratie ist wichtig und anspruchsvoll. Ich habe den größten Respekt vor der Rolle der Opposition. Deswegen wäre es schön, wenn sich auch die Opposition bemühte, diese Rolle auszufüllen, und vielleicht würden die Menschen in Rheinland-Pfalz sie eines Tages dann wirklich als Alternative zu der Regierung sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es steht außer Frage, dass die Fehler, die beim Verkaufsprozess gemacht wurden, Konsequenzen haben müssen.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Ja!)

Welche können wir aber erst entscheiden, wenn die Vorgänge restlos aufgeklärt sind. Der Misstrauensantrag der Opposition ist kontraproduktiv, da er die Aufklärung nicht fördert. Nein, er verzögert und behindert sie. Der Misstrauensantrag steht daher für die Ungeduld einer Partei, welche die Wahl verloren hat und nun auf parlamentarischem Wege versucht, die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger zu korrigieren. Souverän ist anders.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Unruhe im Hause –
Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich wieder um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit im Hause bitten.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Die FDP setzt sich mit Nachdruck für eine umfassende Aufklärung ein. Für politischen Klamauk stehen wir allerdings nicht zur Verfügung. Man sollte urteilen können, bevor man verurteilt.

(Beifall der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und bei der SPD)

Die Opposition hat diesen wichtigen Aspekt vollkommen aus den Augen verloren. Der Misstrauensantrag wirft daher leider auch kein gutes Licht auf die Opposition im rheinland-pfälzischen Landtag.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Diese Opposition ist nicht gewillt, wirklich Aufklärungsarbeit zu leisten.

(Zuruf von der AfD: Ah!)

Diese Opposition ist nicht gewillt, politische Alternativen aufzuzeigen. Diese Opposition ist nicht gewillt, auf Fakten zu warten. Dieser Opposition geht es nicht um Verantwortung, es geht ihr einzig und allein um Macht.

(Beifall der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber ich möchte mich nicht beschweren; denn dadurch, dass Sie Ihren Antrag so verfrüht stellen, ohne die abschließenden Ergebnisse der laufenden Untersuchung abzuwarten, machen Sie es uns leicht, diesen abzulehnen. Ein Misstrauensantrag ist eines der schärfsten Schwerter unseres parlamentarischen Systems – Alexander Schweitzer hat es vorhin bereits erwähnt –, und der Respekt vor diesem Instrument gebietet auch einen verantwortungsbewussten Umgang mit demselben.

Eine Opposition, die nicht die politische Reife hat, mit diesem Instrumentarium verantwortungsbewusst umzugehen, das ihr die Verfassung in die Hand gegeben hat, zeigt, dass ihr auch die politische Reife fehlt, die Regierungsverantwortung im Land zu übernehmen.

(Beifall bei FDP, SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wollen mit Ihrem Antrag die Regierung unter Druck setzen und offenbaren damit doch Ihre eigene Schwäche. Die FDP wird aus den genannten Gründen Ihrem Antrag nicht zustimmen. Gleichzeitig haben wir als FDP-Fraktion aber eine klare Erwartungshaltung an die Landesregierung. Wir erwarten eine umfassende Aufklärung, und dort, wo Versagen offensichtlich wird, muss es auch Konsequenzen haben.

(Zuruf von der AfD: Aha!)

Regierung braucht Verantwortung. Verantwortung zu übernehmen heißt, Konsequenzen zu ziehen, aber auch erst dann, wenn die gemachten Fehler nachgewiesen und eindeutig den handelnden Personen zuzuweisen sind. Solange diese Zuordnung nicht möglich ist, reden wir nicht über die Übernahme von Verantwortung, sondern über Vorverurteilung, und das ist die Sprache, die der Misstrauensantrag spricht. Eine Opposition, die auf Vorverurteilung setzt, wo Aufklärung und eine klare Zuweisung von Verantwortung gefragt wären, ist alles andere als eine Alternative für Rheinland-Pfalz.

Diese Regierung hat Fehler gemacht, aber diese Regierung hat auch durch ihr Handeln nach Bekanntwerden derselben deutlich gemacht, dass sie bereit ist, sich diesen zu stellen. Wir als FDP-Fraktion werden den Prozess der Aufarbeitung aufmerksam, kritisch und konstruktiv begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Kollege Herr Dr. Braun.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst einmal auf die Inhalte der Debatte, die wir auch das letzte Mal hier geführt haben, zurückkommen. Wir diskutieren ein Projekt, das im Hunsrück viele Arbeitsplätze geschaffen hat. Wir diskutieren ein Projekt, das über viele Jahre als Konversionsprojekt zumindest die Hoffnung in sich trug, erfolgreich zu sein, und wir diskutieren ein Projekt, das wir auch noch lange nicht aufgegeben haben.

Ich habe das letzte Mal hier gesagt, wir wollen eine Alternative, wenn das mit dem Fliegen nicht klappen würde. Derzeit sind wir noch dabei, das Fliegen zu verhandeln. Wir wollen aber auch weiterhin eine Alternative für den Hunsrück. Wir wollen weiter Arbeitsplätze im Hunsrück schaffen, und wir wollen weiterhin die Arbeitsplätze, die es gibt, erhalten. Wir wollen der Region helfen.

Ich will das vorab sagen, weil das die Motivation ist; denn man muss die Motivation dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen sehen. Natürlich führen wir keine Debatte um der Debatte willen, sondern wir wollen Arbeitsplätze erhalten, wir wollen Prosperität in der Region, und wir wollen deswegen auch in der Region Alternativen entwickeln, Alternativen im Gewerbebereich, im Bereich des Tourismus und Alternativen, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung in diesem Land schaffen. Das ist die Grundlage unseres Handelns, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und bei der SPD)

Derzeit befinden wir uns im Verkaufsprozess dieses Flughafens, sodass keiner von uns sagen kann, wie es weitergehen und wie es ausgehen wird. Wir haben einen Plan. Sie haben keinen Plan. Das ist der Unterschied. Wir wollen den Flughafen Hahn privatisieren und ihn verkaufen. Wir wollen ihn so verkaufen, dass er erfolgreich weitergeführt werden kann.

Meine Damen und Herren, da waren wir uns zum Teil einig, und Sie haben sich diesem Plan angeschlossen. Sie haben bisher zumindest nicht argumentiert, dass dieser Plan falsch sei. Wenn dieser Plan richtig ist, dann ist es auch richtig, die Diskussion weiterzuführen, und dann ist es auch wichtig zu diskutieren, wie und unter welchen Bedingungen man den Flughafen verkaufen, wie man die Privatisierung weiterführen und wie man erfolgreich Arbeitsplätze am Hahn und in der Region Hunsrück erhalten und eine Zukunftsentwicklung fortführen kann, die nicht nur die nächsten ein oder zwei Jahre und die nächsten zehn Debatten, die wir hier führen, überdauert, sondern die über die Zeit der nächsten fünf Jahre hinaus anhält. Wir brauchen eine Zukunftsperspektive im Hunsrück über diese Zeit hinaus. Daran wollen wir arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei FDP und SPD)

Das nur zum Grundsätzlichen.

Sie haben mehrere Thesen aufgestellt, Frau Klöckner. Es fällt mir schwer, die Thesen nachzuvollziehen, weil sie sehr

unterschiedlich ausgefallen sind. Sie haben hier sehr verschiedene Vorwürfe geäußert: Man würde sich vonseiten der Staatskanzlei zu sehr um den Hahn kümmern, weswegen die Staatskanzlei verantwortlich sei, andererseits habe man aber die ganze Zeit weggeschaut. Man würde nach China reisen müssen, man sei aber auch nach China gereist, und das werfen Sie uns vor.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Deshalb ist die Linie im Moment ein bisschen schwer zu erkennen.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Das muss nicht unbedingt am Absender liegen!)

Ich will trotzdem auf mehrere Thesen, die ich zumindest nachvollziehen konnte, eingehen. Frau Klöckner, Sie versuchen, den Hahn und den Nürburgring zu vergleichen. Das ist sehr reizvoll für Sie, weil der Nürburgring anerkanntermaßen kein glückliches Projekt gewesen ist,

(Heiterkeit bei der CDU)

und wenn Sie dem Hahn das Gleiche anheften können wie dem Nürburgring, dann haben Sie in der politischen Debatte einen Vorteil. Aber ich habe das schon das letzte Mal hier gesagt: Wenn Sie inhaltlich und sauber argumentieren, dann können Sie den Hahn nicht mit dem Nürburgring vergleichen.

Der Nürburgring war ein Großinvestitionsprojekt der Landesregierung. Wir haben das als Grüne damals nicht unterstützt, und ich will keinen Hehl daraus machen, dass wir das immer falsch fanden und deshalb nicht unterstützt haben. Wir waren der Auffassung, das kann nicht gelingen, und es ist nicht gelungen. Ich will darüber keine weiteren Worte verlieren.

Die Rettungs-, die Verkaufsaktionen und die Versprechungen am Nürburgring waren ganz andere als am Flughafen Hahn. Das ist sauber auseinanderzuhalten. Deswegen müssen Sie, wenn Sie den Nürburgring und den Flughafen Hahn vergleichen, klar sagen, beim Nürburgring sind Gelder geflossen, beim Flughafen Hahn sind im Verkaufsprozess keine Gelder geflossen, Frau Klöckner.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wir haben als Parlament und als Fraktionen – ich rede hier als Fraktionsvorsitzender einer Fraktion von insgesamt drei Regierungsfractionen – rechtzeitig die Reißleine gezogen. Was Sie uns gerne vorwerfen würden ist, dass wir Fehler über die hinaus gemacht haben, die schon geschehen sind, wir fahrlässig und vielleicht sogar bewusst falsch gehandelt hätten.

Das ist nicht der Fall, Frau Klöckner. Und das können Sie uns auch nicht vorwerfen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Es ist keine Schande, dass wir am Hahn Arbeitsplätze erhalten wollen. Natürlich sind auch da Gelder notwendig gewesen. Natürlich haben wir die letzten fünf Jahre eine

Entschuldung vorbereitet, die jetzt durchgeführt ist. Natürlich war das damals nötig, als Konversionsprojekte da waren. Natürlich musste man investieren in diese Region. Aber jetzt, wenn wir Arbeitsplätze für die Zukunft retten wollen, uns insgesamt vorzuwerfen, wir würden unverantwortlich handeln, halte ich, ohne dass Sie eine Alternative hier offenlegen – das tun sie einfach nicht –, für verantwortungslos.

Ich will keine Oppositionsbeschimpfung machen, aber enttäuscht bin ich schon, dass die Opposition mit so dünner Suppe hier auftritt und so ein dünnes Süsspchen kocht und sagt, sie sind schuld, wir haben keine Alternative zu bieten, macht nichts, wir wollen trotzdem weiter den Kopf dieser Landesregierung oder die Köpfe dieser Landesregierung fordern. Da machen Sie es sich zu einfach, Frau Klöckner. So kommen Sie hier nicht durch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Ihre zweite These, die mir zumindest so erschien, dass man sie erkennen konnte, war, dass wir am Hahn Verschleierung betreiben oder gar Betrug. Ich habe dafür in Ihrer Rede keinen Beleg gefunden. Wer hat denn Betrug betrieben am Hahn? Doch nicht wir, doch nicht die Landesregierung. Wir haben doch auch als Fraktionen die Betrüger gestoppt.

Natürlich waren Betrüger, soweit wir zumindest bisher wissen, mit am Werk. Aber die Betrüger haben wir doch gestoppt. Da können Sie uns doch nicht vorwerfen, wir wären am Betrug beteiligt. Das ist doch völlig falsch. Wenn jemand den Dieb fängt, dann können Sie doch nicht rufen: „Haltet den Dieb!“, und auf uns zeigen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP – Heiterkeit bei CDU und AfD)

Von daher ist Ihre Theorie oder Ihr Vorwurf des Betruges zumindest für mich nicht nachvollziehbar. Ich würde sogar die These wagen, er ist einfach falsch und frei erfunden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wenn Sie uns dann Verschleierung vorwerfen, müssten Sie das auch begründen. Das einzige, was ich bisher aus ihrer These gelernt habe, ist das, wenn es ein nicht öffentliches Dokument in einem Lesesaal gibt, das allen Abgeordneten zugänglich ist, nennen Sie das Verschleierung. Das aber, glaube ich, kann man hier so nicht im Raum stehen lassen.

Wir haben Dokumente. Ich glaube, als Abgeordnete können wir in dem Fall noch nicht ganz zufrieden sein. Aber wir werden weiter daran arbeiten, dass weitere veröffentlicht werden. Aber wir haben Dokumente in einem Umfang zur Verfügung, das hätten sie früher überhaupt nicht erwartet, dass das überhaupt möglich ist. Wir haben sie hier, und ich habe hier gefordert, dass der Vertrag mit KPMG offengelegt wird. Er ist offengelegt worden. Sie können ihn lesen. Sie können ihn beurteilen. Natürlich sind personenbezogene Daten da nicht veröffentlicht. Aber der Rest ist veröffentlicht worden. Das haben sie gefordert.

Sie haben hier nicht festgestellt, dass diese Regierung in die Transparenz gegangen und den Forderungen, die sie selbst gestellt haben, nachgekommen ist. Sie sagen nur, es gebe eine Verschleierung. Dann machen Sie deutlich, welche Verschleierung Sie meinen, denn wir erkennen hier keine Verschleierung. Wir erkennen hier offenes Handeln, Frau Klöckner.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Die These, die Sie permanent wiederholten, die dritte, die ich aus Ihrer Rede herausarbeiten konnte, ist, dass diese Regierung das Vertrauen nicht hat. Darüber kann man natürlich streiten. Sie haben deutlich gesagt, Ihr Vertrauen hat die Regierung nicht. Aber ich gehe davon aus, dass diese Regierung schon vor vier Wochen ihr Vertrauen nicht hatte, vor sechs Wochen nicht, vor acht Wochen nicht und davor auch nicht. Es ist also keine Änderung durch die Vorgänge eingetreten, sondern Sie sehen sich bestätigt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich will das abkürzen. Ich fände es auch seltsam, wenn diese Regierung Ihr Vertrauen hätte.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Das würde uns doch nachdenklich machen.

Ich glaube, wir können ganz deutlich machen, die Regierung – das werden wir wahrscheinlich am Donnerstag sehen; soweit ich weiß, werden wir das ganz deutlich sehen – hat das Vertrauen der Mehrheit dieses Parlaments, und so gehört es sich auch in einer Demokratie.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Es wäre seltsam, wenn man das Vertrauen in die Regierung an einer 100%igen Zustimmung festmacht. Das sind Systeme, die Sie schon immer kritisiert haben, die ich auch kritisieren würde. Wir haben eine Mehrheit. Es ist eine knappe Mehrheit. Das ärgert Sie auch. Das kann ich nachvollziehen. Aber diese Mehrheit steht, und deswegen steht auch diese Regierung. Deswegen steht auch das Vertrauen in diese Regierung. Und das Vertrauen in diese Regierung ist berechtigt, kann ich sagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ihre HilfsThese ist dann, wenn die Regierung im Parlament schon das Vertrauen hat – Sie können es in diesem Parlament nicht erschüttern –, zumindest in der Mehrheit des Parlaments, müsste es doch wenigstens so sein, dass sie in der Bevölkerung das Vertrauen nicht genießt. Das ist natürlich eine steile These, die Sie nicht nachweisen können, weil die Mehrheit der Bevölkerung diese Regierung gewählt hat. Sie wollen besonders auf die Ministerpräsidentin abzielen. Die Mehrheit der Bevölkerung hat natürlich auch diese Ministerpräsidentin gewollt. Das kann man klar nachvollziehen. Deswegen glaube ich, dass Ihr Denken, dass die Regierung das Vertrauen der Bevölkerung nicht

genießt, ein Wunschdenken ist. Das können Sie hier vortragen, aber es ist nicht berechtigt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich will jetzt Philosophen nicht missbrauchen, aber es gibt – soweit ich weiß – ein Werk von Schopenhauer „Die Welt als Wille und Vorstellung“. Mir scheint es – das ist jetzt keine philosophische Arbeit von Ihnen gewesen, die Sie hier vorgetragen haben –, dass Ihr Denken von Wille und Vorstellung und nicht von Realität bestimmt ist. Wir wollen uns auf die Realität verlassen. Wir werden uns deswegen auch darauf verlassen, dass diese Regierung in den nächsten Jahren weiter regiert und zuverlässig weiter regiert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich will noch einige Dinge, die sie vorgetragen haben, zurechtrücken. Das ist, glaube ich, nicht das, was entscheidend ist, was das Regierungsvertrauen bildet, aber wenn Sie hier mit Vorwürfen kommen, die falsch sind, muss man die zurechtrücken. Die Regierung wird ja heute auch nicht reden.

Dieser Housing-Verkauf, den Sie uns anlasten: Es sind zwei verschiedene Verträge gemacht worden. Es gab zwei verschiedene Ausschreibungen. Es gibt diesen Housing-Vertrag. Wenn wir den Housing-Vertrag nicht geschlossen hätten, wenn wir den Verkauf nicht getätigt hätten, würde ich jede Wette eingehen, wären Sie hier gestanden, Sie persönlich oder andere, und hätten gesagt, es ist unverantwortlich, dass die Regierung die Möglichkeit nicht nutzt, diese Housing zu Geld zu machen, und zwar zu viel Geld, weil sie sei das ja nicht wert, und die Regierung würde unverantwortlich handeln, weil sie nicht schnell handelt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD, und der FDP)

Auch deswegen ist der Verkauf der Housing ein ganz normaler Vorgang. Es ist auch kein Schnellschuss und kein Eilverfahren, wenn wir morgen in der Pause hier, in der Pause der Plenarsitzung oder nach der Plenarsitzung, die entsprechende Ausschusssitzung machen. Sie haben es ja auch geschafft, dass Sie am Freitag in Urlaub fahren können, indem Sie eine Sondersitzung heute machen.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Wir wollen vor der Sommerpause – und das ist richtig – die Entscheidung treffen, und deswegen machen wir das. Das ist kein Schnellverfahren, das ist verantwortliches Handeln. Wir haben einen Vertrag, wir haben einen Verkaufspartner, und wir werden deswegen verkaufen. Das ist richtig so, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich will nicht, und ich kann das nicht, über die Reise des Staatssekretärs nach China berichten. Aber wenn Sie uns vorwerfen, dass es ein Fehler gewesen sei, dass der Staatssekretär nach China fährt, während Sie die ganze Zeit gefordert haben, dass die Landesregierung selbst

Überprüfungen macht und selbst vor Ort dann auch Überprüfungen macht, können Sie nicht in gleichem Atemzug sagen, der Staatssekretär war in China.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

– Frau Klöckner, es wäre doch gar nicht aufgeklärt worden, was aufgeklärt worden ist.

Ich will jetzt gar nicht über die Beraterfirma reden. Ich will gar nicht über KPMG reden. Es wäre deren Aufgabe gewesen – meiner Auffassung nach –, diese Recherchen in China durchzuführen. Da muss man schon sagen, das war sehr erfolgreich, wenn der Staatssekretär einen Tag oder zwei Tage in China verbringt und den Betrug aufdeckt, den die KPMG im ganzen Verkaufsverfahren nicht gemacht hat. Dann ist das doch ein toller Staatssekretär, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Heiterkeit bei CDU und AfD –
Unruhe im Hause –
Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Kolleginnen und Kollegen, können Sie bitte wieder den Geräuschpegel senken.

Das Wort hat Herr Dr. Braun.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Und von daher sage ich Ihnen noch einmal deutlich, ich glaube, diese Landesregierung hat ihre Verantwortung wahrgenommen, wo sie sie wahrnehmen konnte. Dass man Betrügern aufsitzt, das können Sie privat nicht ausschließen. Das kann man nach den Prüfungen, die durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gemacht wurden, nicht ausschließen. Danach, als man es gemerkt hat, dass man eventuell Betrügern aufsitzt, hat man gesagt, den Verkauf stoppen wir, und den Verkauf stoppen wir an diesen Verkäufer, aber wir wollen den Verkauf insgesamt weiter betreiben, und wir wollen diesen Verkauf erfolgreich beenden. Deswegen hat die Landesregierung, und an ihrer Spitze die Ministerpräsidentin, verantwortungsvoll gehandelt. Wenn jemand verantwortungsvoll handelt, dann genießt er zu Recht das Vertrauen der Mehrheit dieses Parlamentes, und dabei werden wir auch bleiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich will nicht auf die allgemeine Politik eingehen. Ich könnte Ihnen auch noch als Ergänzung sagen, was wir alles die nächsten fünf Jahre erhoffen und was wir alles vorhaben, in den nächsten fünf Jahren durchzusetzen. Diese Landesregierung ist eine neue Landesregierung. Ich halte deswegen das Instrument, das Sie wählen, nämlich das Misstrauensvotum heute, für ein falsches Instrument. Aber da sind Sie natürlich frei in Ihrer Wahl. Das kann ich Ihnen ja nicht vorwerfen.

Aber wenn Sie ein Misstrauensvotum machen und gleich-

zeitig ankündigen, dass Sie später einen Untersuchungsausschuss einsetzen wollen, dann heißt das doch zuerst, haut die Landesregierung weg, und hinterher würden wir einmal schauen, ob es berechtigt war, und das, meine Damen und Herren, das ist nicht der richtige Weg. Sie müssen natürlich zuerst recherchieren. Sie müssen zuerst den Nachweis führen, dass ein Vertrauen nicht mehr gewährleistet ist.

Und zu diesem Schnellschuss haben viele gesagt, er würde die Landesregierung bzw. die Fraktionen enger zusammenschmieden. Das brauchen wir gar nicht. Wir müssen nicht geschmiedet werden. Wir halten durchaus auch so zusammen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Von daher tun sie sich und im Moment auch der Demokratie in Rheinland-Pfalz keinen guten Gefallen, indem sie mit dieser These, die Regierung hätte das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger verloren, hier innerhalb von zwei Wochen vorstellig werden, das abstimmen und die Regierung in einem Hauruck-Verfahren einfach beseitigen wollen, um dann wahrscheinlich Neuwahlen auszurufen, wo Sie noch einmal Ihre Chance ausprobieren wollen, Frau Klöckner, die Sie aber auch nicht gewinnen würden. Das kann ich jetzt schon einmal wetten.

Ich glaube, Sie tun sich keinen Gefallen, und Sie tun der Demokratie und dem Parlament keinen Gefallen mit dem Verfahren.

Wir werden das Verfahren natürlich mitgehen. Wir werden abstimmen, wie wir es vorhatten und wie unser Vertrauen im Moment stattfindet, nämlich wir werden das Vertrauen der Landesregierung und vor allem der Ministerpräsidentin aussprechen. Wir sehen keinen Grund, warum wir es nicht tun sollen, meine Damen und Herren von der Opposition, und deswegen ist ganz klar, am Donnerstag ist diese Vertrauensfrage dann wieder Vergangenheit.

Danke schön.

(Anhaltend Beifall des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Kollege Joa von der AfD-Fraktion.

Die AfD-Fraktion hat noch 19 Minuten. Herr Junge hatte 15 Minuten in Anspruch genommen, und Sie haben 34. Sie haben also nicht ganz 19 Minuten.

Herr Kollege Joa hat das Wort.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Sehr geehrter Präsident,

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren und liebe Kollegen! Heiterkeit, Belustigung und Arroganz, das waren die Reaktionen, als die AfD-Fraktion zum ersten Mal darauf hingewiesen hatte, dass in der Wirtschaftsrechnungsrechnung und in der Selbstbeschreibung des Käufers schon nach erster Durchsicht viele Ungereimtheiten steckten. Dies waren die Reaktionen von SPD und GRÜNEN in diesem Hause. Ich meine nicht den heutigen Tag. Und nachdem Sie uns ausgelacht und vielleicht auch ein Stück verächtlich machen wollten, weil wir versucht hatten, auf die Fakten, auf das, was tatsächlich zählt, Bezug zu nehmen, sollten wir – und dazu appelliere ich noch einmal ganz ausdrücklich – uns auf diese Fakten jetzt konzentrieren.

Ja, die Landesregierung hat sich blamiert, und sie hat inkompetent gehandelt, und sie hat auch eine Rufschädigung unseres Bundeslandes weit über dessen Landesgrenzen hinaus in Kauf genommen.

(Beifall der AfD)

Am Anfang der Hahn-Affäre hatte ich für mich persönlich noch gedacht: Wie kann man so inkompetent handeln? Wie kann man so kritiklos über Unterlagen drübergehen, die dann sogar noch öffentlich zur Verfügung gestellt werden?

Mir kam es vor, als hätten Sie die gar nicht gelesen. Dieser Eindruck hat sich dann noch einmal verstärkt, nachdem wir die Akteneinsicht hatten. Mittlerweile haben wir einen anderen Verdacht. Wir haben den Verdacht, dass Sie sehr wohl wussten, was Sie tun, dass Sie ganz genau wussten, was Sie tun, dass Sie versucht haben, den Flughafen so schnell wie möglich loszuwerden. Sie wollen den Klotz vom Bein kriegen, weil Sie wohl gehnt hatten, dass aufgrund der Zahlenbasis und aufgrund der Faktenlage es sehr, sehr schwer sein wird, den Flughafen wieder in die schwarzen Zahlen zu bringen. Und das gilt natürlich insbesondere für die Zeit, in der die Subventionen nicht mehr fließen.

Und ich glaube, dass eine derartige Vorgehensweise verantwortungslos ist. Sie ist verantwortungslos gegenüber dem Land. Es ist verantwortungslos gegenüber den Steuerzahlern, und es ist auch verantwortungslos gegenüber den Beschäftigten dort vor Ort.

(Beifall der AfD)

Herr Lewentz, Sie hatten selbst gesagt, dass eine inhaltliche Prüfung des Konzeptes nicht statthaft sei, und der ganze Prozess, der ganze Verkaufsprozess, er steckt voller Fehler. Sie haben den zweiten Schritt vor dem ersten Schritt gemacht. Sinnvoll wäre gewesen, erst einmal grundlegende wirtschaftliche Szenarien durchzurechnen und auch deren langfristige Auswirkungen für den Flughafen zu betrachten. Ich bin sicher, KPMG hätte das gekonnt. Wenn Sie es selbst nicht hingebracht hätten, KPMG hätte es gekonnt mit dem entsprechenden Prüfauftrag, der einfach ganz offen formuliert ist und sagt: Bitte rechnet einmal verschiedene Szenarien durch und zeigt uns die Langfristbetrachtungen auf. – Auf der Basis, auf dieser gesicherten Basis hätte man eine Abschätzung vornehmen müssen und dann entscheiden, was machen wir weiterhin.

(Beifall der AfD)

Wir haben in den letzten Sitzungen hier viele Vorwürfe, Rechtfertigungen, auch zum Teil vielleicht ein politisches Theater gesehen, und wir drücken uns um eine Kernfrage, nämlich die Kernfrage: Was geschieht, wenn kein seriöser Käufer mit einem validem Konzept gefunden wird? Was passiert, wenn, mal angenommen, ein unabhängiger Dritter feststellt, dass eine nachhaltige Rückkehr in die schwarzen Zahlen sehr, sehr unrealistisch sei beziehungsweise kaum zu erreichen?

Und genau hier beginnt die Verfehlung der Landesregierung, weil es ist ihre Aufgabe, transparente Handlungsalternativen zu entwickeln. Es ist ihre Aufgabe, nicht die Aufgabe der Opposition. Wir kennen nicht alle Zahlen. Wir kennen nicht alle Interna. Wir sind natürlich auch zum Teil auf gewisse Spekulationen angewiesen. Der Ball liegt bei Ihnen, und ja, man muss auch offen zugeben, das Thema ist natürlich nicht einfach. Wir haben den Flughafen jetzt.

Wir haben auf der einen Seite das Interesse der Steuerzahler, auf der anderen Seite das Interesse der Region und der Beschäftigten. Aber wir haben jetzt schon 70 Millionen an Subventionen bereits eingeplant, zusätzlich zu dem, was die ganze Zeit schon reingeflossen ist, und es ist eine absolut legitime Forderung, sich mal über Alternativen Gedanken zu machen. Ich sage nicht, dass wir die Alternativen wollen. Am liebsten wäre auch uns, wenn der Flughafen so weit in die schwarzen Zahlen kommt, dass wir die Beschäftigung so erhalten können. Aber falls dies nicht der Fall sein wird, dann brauchen wir einen Plan B, und es ist Ihre Aufgabe, sich um das Thema zu kümmern.

Was kann die Konsequenz dieses Vorgangs sein? Brechen Sie den aktuellen Verkaufsvorgang ab. Stellen Sie das Verfahren auf völlig neue Füße, und gehen Sie dabei logisch vor. Und wenn die EU uns verbietet, inhaltliche Konzepte zu prüfen, dann prüfen wir die Konzepte unter Umständen mithilfe von Dritten erst einmal selbst, bevor wir im Verkaufsprozess einfach reinspringen, bevor wir irgendetwas anfangen und nach der Hälfte des Prozesses merken: Hui, passt ja gar nicht wirklich, was machen wir jetzt? – Und dann kann nicht die Antwort sein zu versuchen, den Flughafen irgendwo loszuwerden und damit auch die Verantwortung, sondern verantwortlich auch im Sinne der Steuerzahler wäre die eben aufgezeigte Vorgehensweise.

(Beifall der AfD)

Dies ist verantwortungsvolle Politik, nicht das stundenlange Debattieren um den heißen Brei herum. Machen Sie Ihren Job; denn hätten Sie dies getan, dann wären wir nicht in der aktuellen Situation.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Dr. Bollinger.

Sie haben nicht mehr ganz 13 Minuten.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall der AfD)

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Bei uns können eben mehr sprechen als bei euch.

(Beifall der AfD)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

(Zuruf von der SPD: Jetzt aber!)

– Frau Präsidentin, Verzeihung.

(Zuruf von der SPD: Da habt ihr Probleme damit!)

– Nein, Sie offensichtlich.

Herr Schweitzer, Sie haben viel von Wünschen gesprochen, aber Ihr Vortrag zeigt uns vor allem den Unterschied zwischen Wunsch und Realität. Sie haben nichts gebracht außer Emotionalisierung, Ablenkungsmanövern und persönlichen Attacken gegen die Opposition. Vielleicht sollten Sie nicht ständig mit dem Ergebnis der Landtagswahl kommen; denn das ist in verschiedener Hinsicht problematisch.

(Zuruf von der FDP: Ja!)

Zunächst einmal ist das Wahlergebnis unter – aus unserer Sicht – falschen Voraussetzungen zustande gekommen. Schließlich war die FDP explizit mit der Aussage angetreten, eine Fortsetzung rot-grüner Politik verhindern zu wollen. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall der AfD –
Zuruf von der FDP: Haben wir doch!)

Sie sollten sich vor allem nicht auf dem Wahlergebnis ausruhen, sondern es als Verpflichtung sehen, das Vertrauen der Wähler mit guter und verantwortlicher Regierungsbereitschaft zu vergelten. Und das Gegenteil ist der Fall. Und Sie steigern sich hier in eine überzogene Empörungsszenerie, weil die Opposition ihre ureigene Aufgabe erfüllt, nämlich die Regierung zu kritisieren und nach der Wahl Sondierungsgespräche zu führen.

Und Sie versuchen hier, eine Regierungsbilanz der Ergebnisse rot-grünen Handelns zu präsentieren, um die Ministerpräsidentin zu entlasten. Herr Kollege, das ist ein absoluter Bumerang. Ihre Bildungsbilanz ist katastrophal: eine Nivellierung des Schulwesens nach unten, eine überzogene Akademisierung ins Nichts, Studienabbrecherquoten explodieren, und die Betriebe finden keine qualifizierten Azubis.

(Beifall der AfD)

Sie wollen mit Digitalisierung werben. Ich will Ihnen was sagen, in Sachen Breitbandversorgung macht man sich jetzt an die Arbeit. Da ist Rheinland-Pfalz ein Schlusslicht. Auch Ihre Politik! Und wirtschaftlichen Erfolg haben unsere Unternehmen nicht wegen, sondern trotz der Landesregierung.

Da brauchen Sie nur einmal auf eine IHK-Versammlung zu gehen und mit ein paar Unternehmern zu sprechen.

Kitas, ja, das ist eine gute Sache, aber die Kommunen gehen auf dem Zahnfleisch, weil Sie sie finanziell unterversorgt haben. Das ist auch eine Seite der Medaille, die Sie jetzt nicht ansprechen. Da haben Sie versprochen, dass Sie das zur Chefsache machen wollen. Na, ja, da erwarten wir nicht allzu viel.

(Heiterkeit bei der AfD)

Dann haben wir die Pflegequalität. Da gab es auch eine Untersuchung, bei der Rheinland-Pfalz gerade nicht gut abgeschnitten hat.

Und Sie sprechen die Flüchtlingspolitik an. Mit Ihrer Abschiebungsverweigerung haben Sie gemeinsam mit der Einladungs politik von Frau Merkel die ungestörte Massenzuwanderung mit verursacht, die ein Problem für unser Land ist: sozial und finanziell.

(Beifall der AfD)

Ihre katastrophale Inkompetenz zu strukturpolitischen Fragen – Nürburgring, Zweibrücken, Hahn – hat das Land, den Steuerzahler, bald 1 Milliarde Euro gekostet.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Ach du lieber Gott, Rechnen ist auch nicht Ihre Stärke!)

Rot-grüne Politik, jetzt in der Form der Ampel, schadet unserem Land. Sie haben in der Vergangenheit versagt, und Sie haben jetzt schon wieder versagt. Das sind die Fakten, von denen Sie eben sprachen, Herr Roth. Rot-Grün hat dem Hahn die Flügel gestutzt und die aktuelle katastrophale Lage verursacht. Und natürlich muss der Flughafen verkauft werden. Das hätte aber schon vor Langem geschehen müssen, als man noch höhere Umsätze hätte erzielen können. Jetzt sind Sie wieder einem Betrüger aufgesessen und wollen mit Kaufinteressenten verhandeln, die einen Flughafen erwerben wollten, ohne ein Konzept zu haben und die auch noch mindestens drei Monate kein Konzept haben werden, wie der Herr Englert dem Trierischen Volksfreund sagte. Und das versuchen Sie vergebens, hier schönzureden.

Unsere Alternative wurde eben genannt. Brechen Sie den missglückten Verkaufsprozess ab. Setzen Sie ihn neu auf, und prüfen Sie Alternativen zu dem Verkauf.

(Beifall der AfD)

Und ziehen Sie die Konsequenzen aus Ihrem Versagen.

Danke sehr.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Eine Abstimmung über den Misstrauensantrag findet gemäß Artikel

Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 7. Sitzung, 12.07.2016

99 Abs. 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz in Verbindung mit § 50 Abs. 2 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags frühestens am zweiten Tag nach Schluss der Aussprache und spätestens binnen einer Woche nach seiner Einbringung statt.

Die Abstimmung über den Misstrauensantrag ist für den Beginn der 9. Plenarsitzung am Donnerstag, den 14. Juli,

für 09:30 Uhr vorgesehen. Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Wir treffen uns wieder morgen, Mittwoch, 13. Juli, um 14:00 Uhr.

Ende der Sitzung: 16:10 Uhr